

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 P oder 20 Groszy

Bezugspreis monatlich 3.00 Gulden, wöchentlich 0.75 Gulden, in Deutschland 2.50 Goldmark, durch die Post 3.00 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8-gesp. Zeile 0.40 Gulden, Restamezeile 2.00 Gulden, in Deutschland 0.40 und 2.00 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 131

Mittwoch, den 9. Juni 1926

17. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290

Hindenburgs Helferdienste für die Raubfürsten.

Wo bleibt die Unparteilichkeit des Reichspräsidenten?

Als der Reichspräsident von Hindenburg im vergangenen Jahre sein Amt antrat, gelobte er, die Geschäfte des Reiches unparteilich im Interesse des Volkes zu führen. Er selbst mag dazu bis auf den heutigen Tag den Willen gehabt haben, aber es ist nur noch ein öffentliches Geheimnis, daß auf ihn schon seit Monaten im Sinne einer einseitigen deutschnationalen Parteiherrschaft eingewirkt wird. Jetzt hat der Reichspräsident den rechtsradikalen Einflüsterungen Folge geleistet und einen Schritt getan, der ihn insbesondere in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung alles an Ansehen kosten wird.

Der „Vorwärts“ kündigte bereits am Sonntag an, daß der ehemalige königliche Staatsminister von Loebell durch die Veröffentlichung eines Briefes von Hindenburg über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einen großen Schlag gegen den Volkssentscheid plante. Am Montag ist dieser Brief der Öffentlichkeit übergeben worden, und zwar nicht, wie jedermann annehmen sollte, gegen den Willen Hindenburgs, sondern, wie Loebell feststellt, mit seiner ausdrücklichen Genehmigung. Die wesentlichen Stellen des an Herrn von Loebell gerichteten Schreibens lauten:

„Ich sehe in ihm (dem Volkssentscheid) einen sehr bedenklichen Verstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaates, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist. Es verstoßt gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts. Würde dieses Volksbegehrens Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, beseitigt und ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn halbtot bergab führt; wenn es der Zufälligkeit einer, vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gefolgt sein soll, verfassungsmäßig gewähltestes Eigentum zu enteignen oder zu verneinen. Es könnte aus dem jetzt vorliegenden Einzelfalle die Methode entstehen, durch Aufreizung der Instinkte der Massen und Ausnutzung der Rot des Volkes mit solchen Volksabstimmungen auf dem Wege der Enteignung weiterzugehen und damit dem deutschen Volke die Grundlage seines künftigen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens zu entziehen.“

Der Reichspräsident hat am Dienstag offiziell erklären lassen, daß sein Freund und Gönner, der ehemalige Staatsminister Loebell die Öffentlichkeit nicht belogen hat, sondern die Veröffentlichung des Schreibens gegen den Volkssentscheid mit allerhöchster Genehmigung erfolgt ist. Der Reichspräsident setzt sich damit offiziell in Widerspruch mit seinem eigenen Brief, indem er eine öffentliche Kundgebung gegen den Volkssentscheid entschieden ablehnt, ihn dann aber durch die Genehmigung zur Veröffentlichung zu einer öffentlichen Kundgebung macht.

Die Reichsregierung betrachtet den Brief Hindenburgs trotzdem als eine „Privatangelegenheit“ und erklärt sich für desinteressiert! Was kümmert sie die offene Verhöhnung breiter Volksmassen durch den Hindenburg-Brief und seine Auslegung gegen die Verfassung? Der Reichspräsident und die Reichsregierung scheinen nicht zu wissen, daß die Anhänger der entschädigungslosen Enteignung durch den Volkssentscheid von dem höchsten verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen, auf das Hindenburg durch seinen Schwur auf die Verfassung gleichzeitig den Eid geleistet hat. Wenn er jetzt die Ausübung dieses Rechts „eine Zufälligkeit der vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksmenge“ nennt, so ist das ein Standal, eine Verleumdung breiter Volksmassen und eine Auflehnung gegen die Verfassung zugleich.

Dazu schreibt der Soz. Presseklub: Es ist der Wille der Rechtsparteien, daß der zur öffentlichen Kundgebung gewordene Hindenburg-Brief die Öffentlichkeit bis zum Volkssentscheid beschäftigt und sie haben die Absicht, ihre Agitation gegen die entschädigungslose Enteignung in erster Linie mit dem Schreiben Hindenburgs zu führen. Die entsprechenden Erwiderungen von sozialdemokratischer Seite werden nicht ausbleiben, und deshalb verweisen wir schon heute darauf, daß es sich der Reichspräsident selbst zuschreiben hat, wenn er in den nächsten Tagen in der Schlußlinie der Parteitagitation steht. Wir haben es nicht gewollt! Aber nachdem der Reichspräsident sich öffentlich für die Fürsten ausgesprochen hat, ohne mit der gleichen Entschiedenheit gegen die Enteignung der Später Front zu machen, ist es uns in den nächsten Tagen zur Pflicht gemacht, über den Widerspruch dieser bürgerlichen Welt mit ihrem zweierlei Recht Aufklärung zu schaffen.

Pressestimmen zum Hindenburgbrief.

Die „Deutsche Allg. Z.“ schreibt: Trotzdem wir uns den Inhalt des Briefes zu eigen machen, können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Veröffentlichung des Schreibens unter den bekanntgewordenen Begleitumständen und in dieser Form besser unterblieben wäre.

In der „Germania“ heißt es: Herr v. Loebell hat seine Absicht erreicht. Der Reichspräsident ist in den Streit der Parteien hineingezogen; er wird nun von der einen Seite benützt und von der anderen Seite attackiert werden. Er wird nun nicht allgemein als das ruhig thronende Symbol der vollstänigen und staatlichen Einheit betrachtet werden. Das ist die bedauerliche Konsequenz der ganzen Sache.

Millionen-Propaganda der Monarchisten.

In der letzten Zeit haben die Parteien fieberhaft ihre Vorbereitungen für den Volkssentscheid getroffen. Plakate, Broschüren und Flugblätter sind in Millionen-Auflagen hergestellt und zum Versand gebracht worden. Die Fürstenparteien schwimmen anscheinend im Golde. An eine einzige Firma sind für ein Flugblatt Aufträge in Höhe von 300 000 bis 400 000 Mark vergeben worden. Der „Montagmorgen“ behauptet, daß die ehemaligen Fürsten durch eine Umlage allein einen Fonds von 10 Millionen Goldmark für Agitationszwecke verfügbar gemacht haben. Daneben haben auch

die Arbeitgeberverbände und der Landbund schon recht beträchtliche Mittel abgeführt. Große Geschäftigkeit herrscht jetzt im Niederländischen Palais Unter den Linden. Hier treffen alle Vermögensverwalter des Hohenzollernhauses Herrn von Berg, ehemaliger Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts. Noch nie ist in diesem Gebäude so viel gearbeitet worden, wie in den letzten Wochen. Konferenzen, Audienzen, vertrauliche Besprechungen lösen einander ab. Aus der Provinz erscheinen die Vermögensverwalter der Fürstenthümer. Zuweilen taucht auch ein Hohenzollernprinz auf, der sich informieren läßt. Das Niederländische Palais ist aber nur Generalstabst. Die Ausführung der hier geschmiedeten Pläne liegt den abgewiesenen politischen Divisionsstäben ob, die ihrerseits wieder ihre Anordnungen an die untergeordneten Stellen zur Ausführung weitergeben. Die Fürsten selbst sind zu strengster Reserve verpflichtet worden. Aus den gewaltigen politischen Anstrengungen und aus der Höhe der für die Agitation aufgewendeten Mittel geht hervor, daß die Fürstenparteien alles daransetzen, um den Sieg der Republikaner zu verhindern.

Die neue Bürgerblockregierung in Schweden.

Die neue schwedische Regierung unter Führung des Freisinnigenführers Ekman hat ihr Amt angetreten und sich traditionsgemäß am Montag dem Staatsrat mit einer Programmserklärung vorgestellt. Es ist Ekman gelungen, die Liberalen zu einer Beteiligung an der Regierung zu veranlassen, indem neben sechs Mitgliedern seiner eigenen Partei drei Liberale, darunter der liberale Parteivorsitzende Wägran, als Außenminister, in das Kabinett eingetreten sind. Dagegen hat die Rechte sich offiziell zurückgehalten, man geht aber nicht fehl, die drei „unpolitischen“ Beamten,

die Reformministerien erhielten, als konservative Vorposten anzusehen. Die dem Bürgerblockcharakter entspricht das Programm der Regierung. Die Freisinnigen bringen den Liberalen und den Konservativen das Opfer, auf ihren Programmpunkt „Alkoholverbot“ zu verzichten, während die Liberalen dazu mitgegangen sind, die Ausschankgesetze in abstimmenreife Form zu revidieren. Der Bauernpartei werden „praktische Stützmaßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft“ ausgesetzt und den Arbeitern innerhalb der Liberalen Partei verspricht man eine Untersuchung des Sozialversicherungsproblems, d. h. die Weiterführung der von dem sozialdemokratischen Kabinett begonnenen Ausarbeitung einer Arbeitslosenversicherung, verbunden mit den übrigen sozialen Versicherungen als einheitliches Gebilde an die Stelle der bisherigen einzelnen Sozialmaßnahmen.

Als im vorigen Jahre das Kabinett Branting mit den Freisinnigen zusammen die Seeresreform verabschiedete, die das schwedische Meer zu einer reinen Verteidigungsarmee umformte, ließ man eine Umorganisation der Flotte unerledigt. Bis 1934 soll aber der Hauptteil der schwedischen Flotte zum größten Teil erneuert sein, so daß es höchste Zeit ist, ein Flottenbauprogramm vorzubereiten. Hier verspricht der gleiche freisinnige Führer, der mit den Sozialdemokraten die Armeereform gegen den schärfsten Widerstand der Rechten durchgedrückt hat, nunmehr als Ministerpräsident der gleichen Rechten, zwar das angenommene Armeeprogramm auszuführen, aber in der Flottenfrage dafür zu sorgen, daß die Flottenerneuerung „die größtmögliche Effektivität der Seeverteidigung“ bewahrt. Deutlicher konnte man eigentlich der Rechten nicht entgegenkommen und die Vermutung, daß letzten Endes die freisinnige Regierung eine Bürgerblockregierung ist, wird so voll bestätigt. Mit ihren 68 Mitgliedern von 980 Reichstagsabgeordneten können die beiden liberalen Parteien gar nichts anderes, als zum mindesten der Bauernpartei zu Willen zu sein. Vorkünftig wird das sehr gut gehen — denn die nächste Arbeit des Kabinetts besteht darin, den Reichstag auf Sommerferien zu schicken und sich damit bis zum Beginn der Winterferien im Oktober oder November ein ungehörtes Dasein zu sichern!

Die neue Regierung Polens gebildet.

Wirtschaftliche Annäherung an Deutschland. — Die Vollmachten für die neue Regierung.

Ministerpräsident Bartel hat gestern nach seiner Rückkehr aus Lemberg die Regierungsneubildung sofort vorgenommen, sie in später Abendstunde beendet und vom Staatspräsidenten genehmigen lassen. Das neue Kabinett besteht, bis auf den Finanzminister und Handels- und Industrieminister, aus den bisherigen Männern, während das Finanzministerium durch den ehemaligen Handels- und Industrieminister im Kabinett Wladislaus Grabski, Klarnet, und das Handels- und Industrieministerium durch den Direktor der vor kurzem durch das Sanger Schiedsgericht Deutschland zugesprochenen Stidstoffabrik Ghorow, Dr. K w a t k o w s k i, neu besetzt wurden. Außerdem wurde das bisher unbefestete und vom Unterstaatssekretär Z a l e s k i geleitete Außenministerium vom letzteren als nunmehrigen Außenminister besetzt. Somit beschäftigt sich das vor einigen Tagen vorbereitete Gerücht, daß der bisherige Handels- und Industrieminister G l i w i c bestwegen aus der

Befugnisse des Staatspräsidenten befaßt. Das vom Justizministerium geplante Gesetz, dem sich der Ministerrat wohl anschließen wird, enthält u. a. die Befugnisse des Staatspräsidenten unter Billigung des Ministerrats zur territorialen Verteilung des Staates auf Verwaltungsgebiete, Bestätigung der Selbstverwaltungsstatuten, Erlass von Verordnungen betreffend die Rechte der Ausländer, die Organisation bzw. Reorganisation der Behörden, staatlichen und kommunalen Körperschaften und dergleichen. Diese Frage, d. h. die Frage des weiteren Verhältnis zwischen der Exekutive und den gesetzgebenden Körperschaften, beansprucht jetzt das allgemeine Interesse der polnischen Öffentlichkeit. Der Senat wird heute tagen, er dürfte sich aber mit den gegenwärtig grundsätzlichen Fragen nicht befassen. Die Abwesenheit des Sejmarschalls Mataj von Warschau steht im Zusammenhang mit der Frage der Einberufung des Sejms. Das angebliche Erholungsbedürfnis des



Das Triumvirat von Polen.

Die Männer, die endgültig die Herrschaft übernommen haben.

Von links nach rechts: Kriegsminister Feldmarschall Piłsudski, Präsident der Republik Polen Grabski, Ministerpräsident Bartel.

Regierung ausscheidet, weil er ein Gegner der Weiterführung der Staatsmonopole (Tabak, Spiritus, Streichhölzer) sei, die seiner Meinung nach dem Staate nicht den Nutzen bringen, welchen sie ihm gebracht hätten, wenn ihre Objekte in Händen von Privatunternehmern wären.

Der jetzige Außenminister Zabłki erklärte dem Warschauer Berichterstatter der römischen „Italia“, seine Außenpolitik sei u. a. von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland besetzt. Die Beziehungen Polens zu Sowjetrußland stützen sich auf die Bekräftigung, O t e n o w a zu pazifizieren. Es könne keine Rede davon sein, daß der Marschall Piłsudski ein Gegner des Faschismus sei, denn der Faschismus sei, seiner Meinung nach, eine rein italienische Bewegung und sie könne gar nicht nach anderswo verpflanzt werden. (1) Zabłki erwähnte des weiteren seinen vierjährigen Aufenthalt in Rom als polnischer Botschafter und schloß seine Unterredung damit, daß die bisherige Politik Polens dem Völkerbunde und der Kleinen Entente gegenüber fortgesetzt werden müsse.

In sämtlichen Ministerien ist man gegenwärtig mit der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs betreffend Erweiterung der

Sejmarschalls wird in parlamentarischen Kreisen als Ausdruck des Widerpruchs gegen die beabsichtigte, seiner Meinung nach zu weit gehende, Entrenchung der Parlamente geachtet. In der Reichspresse werden diese Pläne zunehmend günstiger besprochen. Die „Warszawianka“ des Monarchisten Stroncki betont, die Christlich-Nationalen hätten die Stärkung der Regierungsmacht bereits längst gefordert. Das Korjant-Organ „Naczepopolita“ versucht den Nachweis zu erbringen, daß der Minister zwar mit Hilfe der Sozialisten begonnen wurde, daß er aber faschistisch werden würde. Das Blatt will die Gewährung der außerordentlichen Vollmachten für die Regierung und die Erweiterung der Befugnisse des Staatspräsidenten als feststehend voraussehen. Im selben Maße, wie sich die Rechtsparteien immer mehr der neuen Entwicklung der Dinge anschließen, nimmt naturgemäß die Opposition innerhalb der Linksparteien, besonders der Sozialdemokraten, gegen diese Entwicklung der Lage immer zu. So hat die gestrige Tagung des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei der Exekutive und der parlamentarischen Fraktion äußerste Vorsicht beim Vorgehen in den Parlamenten auferlegt. Die erste Stellungnahme des gesamten Sejms zur neuen Lage erwartet man auf dem am Sonnabend zusammen tretenden Aeltestenausschuß.

Frankreichs Stützungsversuch des Franken.

Der Ministerausschuss für Einschränkungen hat am Dienstag im Laufe des Abends noch zwei weitere Sitzungen abgehalten. Die von ihm erzwungenen Maßnahmen werden dem heute zusammen tretenden Ministerrat zur Prüfung vorgelegt werden. Sie sollen nach dem „Quotidien“ in der Einschränkung der Staatsausgaben durch Verminderung neuer Beamtenstellungen bestehen. Fernerhin seien Erparnisse in der Marine und der Militärverwaltung in Aussicht genommen. Die Ausfuhr von Lebensmitteln soll einer strengen Überwachung unterworfen, die Wiedereinführung der Brotkarte sei abgelehnt worden, doch seien verschiedene Maßnahmen zur Verbilligung des Brotes geplant. Der Ministerausschuss soll sich außerdem mit der Regelung des Imports namentlich von Kaffee, Benzin, Kohlen und Metall usw. befassen. Schließlich hat man sich mit der besseren Ausnutzung der Sachlieferungen befasst.

Die französischen Abgeordnetenblüten.

Die französische Kammer hat sich am Dienstag mit der Erhöhung der Abgeordnetenblüten befasst. Nachdem der Verfassungsantrag des konservativen Abgeordneten Bire mit 4 Stimmen Mehrheit abgelehnt worden war, trat die Kammer in die Diskussion dieses Gegenstandes ein. Ursprünglich war beabsichtigt worden, die Jahresblüten von 27 auf 42.000 Franken zu erhöhen. Um gewissen Widerständen, die sich in der Kammer geltend gemacht hatten, Rechnung zu tragen, hat der Berichterstatter der Rechnungscommission, der sozialistische Abgeordnete Rognon vorgeschlagen, die Jahresblüten lediglich auf 36.000 Franken heraufzusetzen. Dieser Vorschlag wurde jedoch mit 246 gegen 234 Stimmen abgelehnt. Die Rechnungscommission hat daraufhin ihre ursprünglichen Beschlüsse wieder aufgenommen. Am Laufe einer Nachsitzung kam es zu einer Abstimmung über diesen Antrag. Die namentliche Abstimmung ergab 150 Stimmen gegen und 128 Stimmen für die Erhöhung. Die von sozialistischer Seite befürwortete Erhöhung der Blüten, um damit die Unabhängigkeit der Abgeordneten sicherzustellen, wurde damit auf Betreiben der Konservativen verhindert.

Menschenwürdige Arbeitsbedingungen für die Seelente.

Auseinandersetzung auf der Genfer Arbeitskonferenz.

In der gestrigen ersten Sitzung der neunten internationalen Arbeitskonferenz kam es bei der von den Arbeitern verlangten Ausdrucks über die Frage, ob die vom Arbeitsamt vorgelegten Berichte und Konventionsskizzen zur internationalen Regelung der Feuerverträge der Seelente als Grundlage für die Verhandlungen der Konferenz dienen könnten, zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Vertreter der Unternehmer, insbesondere die Reeder, verneinten die Frage entschieden und kritisierten die Vorarbeiten des Arbeitsamtes auf Überschreitung der ihm von der Genfer Konferenz vom Jahre 1921 übertragenen Aufgaben. Die Arbeitervertreter wandten sich gegen diese Auffassung und wiesen das weitere der Forderungen der Reeder, die vom Arbeitsamt vorgelegten Konventionen über die Feuerverträge, die Arbeitsaufsicht an Bord, die Disziplin- und Strafmaßnahmen in eine einzige Konvention umzuwandeln, mit der Erklärung zurück, dass sie eine allgemeine Konvention niemals annehmen würden, wenn nicht gleichzeitig die Frage des Achtstundentages und die Lohnfrage für die Seelente international geregelt werde, was bekanntlich ihre Forderung war und spätestens durch die Arbeitskonferenz des nächsten Jahres geschehen soll. Albert Thomas wies die gegen das Arbeitsamt erhobenen Vorwürfe zurück und betonte, dass keine einzige Regierung bei der Beantwortung des Fragebogens die Vorarbeiten der Arbeitskonferenz kritisiert habe. Die Regierungsvertreter stellten sich auf den Standpunkt, dass die Entwürfe des Arbeitsamtes als Verhandlungsgrundlage dienen könnten, wenn sie sich — was insbesondere die Vertreter von England und Deutschland betonten — mit ihnen auch nicht identifizieren könnten, da sie in manchen Punkten über die Beschlüsse der Arbeitskonferenz von Genoa hinausgingen. Mit 70 gegen 24 Stimmen wurde beschlossen, die drei Konventionsskizzen als Grundlage für die Verhandlungen anzunehmen. Zur Einzelberatung wurden drei Ausschüsse eingesetzt.

Schlagerei zwischen Faschisten und Legionären in der Tschekoslowakei. In Pölnitz (Mähren) fand eine von der Legionärgemeinde und den faschistischen Parteien einberufene antifaschistische Versammlung statt. Die Faschisten hatten eine Gegenversammlung im Gewerbehause einberufen.

Der Sagdied.

Stizze von Kurt Dissenburg.

Da in der Bibliothek nicht an Arbeiten zu denken war, schleppte er sich mühsam nach Hause. Jeden Schritt, den er tat, verursachte einen kaum merkbaren Schmerz in der Herzgrube. Der Weg schien endlos lang, und musste er einmal den Kopf auf den Boden legen, fühlte er wie ein junger Dackel, der zum ersten Male am blaugrünen Schiefer eines Kirchturms steht, sich umschaut und seinen Körper nicht mehr in der Gewalt. — Auch war heute ein größerer Regen, Auto- und Tramwayverkehr in den Straßen als sonst. . .

Aber gewiss schien ihm dies alles nur so; dieser Vormittag war sicher ein Vormittag wie jeder andere; jedermann hatte seine feste Arbeit und dafür eine vorgeschriebene, eindeutige Stundenzahl, die es anzufüllen galt, damit der Mensch sich ausgefüllt fühle. Jeglicher stand an seinem vertragsmäßigem gewohnten Platz, war in ihm mit gelassener Zuversicht verankert, und war die Woche zu Ende, ergaben sich sechs Tage ein Resultat.

Herzlich: wie allmählich seine Füße den Dienst verlassen wollten und plötzlich, so früh, kurz vor dem Ziel; — dabei kam er ihm doch sein Magen als Ansporn eines Parade- marschs. Er hoffte, daß vielleicht der Regen, der eben in dünnen Fäden auf den schwarzen Asphalt spritzte, die Müdigkeit der Glieder verjagen und die Füße erfrischen würde. Dabei tappte er mit den Augen über die Häuserfronten hin und war erschreckt von dem trübseligen Grau unfröhlicher Giebel- und Fensterränder.

Als er im vierten Stockwerk in seinem ungeheizten Zimmer stand, kühlte und prasselte Schnee und Regen gegen die Fensterscheiben. Er schauerte, die Hände in den Hosentaschen, am Tisch und konnte die Hände ab. Der Raum drohte feuchtlich und ward ihm verhasst. In der kalten Erde, oben am Fenster, stand das Bett; noch ungeordnet, zerwühlt eine zerwühlte Sanddunst, aus der namenlose Trauer kalter Sonne aufstieg.

Wie er so, ganz zu Tatenlosigkeit verurteilt, stand und umherstarrte, wurde letzte letzte Müdigkeit ihm in Hände und Füße; laßte und zog mit der Faust, als sei der Erdball gewirbelt und an ihn gedrängt. Er irrte sich nach dem Bett und wälzte sich in den Decken und Stiefeln auf das ungekühlte Sofa.

Unter seiner Stirn begann ein Sausen anzuhängen, wurde härter und härter, bis er zum Schluß, der Regen bellte laut dazu einen hartnäckigen Laut. Er schloß die Augen.

Nach Beendigung der antifaschistischen Versammlung marschierte ein Zug von etwa 3000 Teilnehmern nach dem Gewerbehause und drang in die Faschistenversammlung ein. Es entstand eine wilde Schlägerei, die erst durch das Eingreifen der am Tage vorher verstärkten Gendarmerie beendet wurde. Mehrere Personen wurden leicht und einer schwer verletzt.

Der Studentenkravall von Hannover.

Der Studentenkravall an der Technischen Hochschule hat seinen Höhepunkt überschritten, obwohl noch einflussreiche Kräfte am Werke sind, die Heiße weiter zu treiben. Die Zahl der zu Einsicht und Vernunft zurückkehrenden Studenten wächst jedenfalls fortgesetzt. Die Ankündigung des Rektors, daß bei fortgesetzter Widerständigkeit weitere Relegationen folgen werden, scheint nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Das Disziplinarverfahren gegen die 200 größten Radfahrer wird durchgeführt.

An der Hochschule in Braunschweig besteht für eine größere Anzahl von Studenten keine Möglichkeit mehr zur Immatrikulation. Einige Studenten hatten mit einer größeren Ueberstufung nach Danzig gedroht, da man dort das Deutschtum noch achtet und beschützt. (1) Diese Drohung mit dem Wegzuge nach Danzig muß erst recht als verächtlich bezeichnet werden. Wollen die Studenten nicht ein Semester verlernen, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als Vernunft anzunehmen.

Professor Leising wird einstweilen an der Hochschule seine Vorlesung fortsetzen. Er hat sich inwischen bereiterklärt, im Interesse der Stadt und der Hochschule, zurückzutreten, wenn man ihn darum „bittet“.

Die Reife der Studenten von Hannover nach Braunschweig hat allein, soweit der Extrazug in Frage kommt, 6000 Mark gekostet. Es muß deshalb die Frage aufgeworfen werden, wer diese hohe Summe zur Verfügung gestellt hat. Sie muß von einer einzigen Stelle bereitgestellt worden sein, da sämtliche Teilnehmer an der Fahrt kostenlos von Hannover nach Braunschweig nur zweiter Klasse befördert wurden. Die Klärung der Angelegenheit ist um so wichtiger, als sich durch sie am besten ergeben wird, welche Kräfte hinter den völkischen Hetzern an der Technischen Hochschule in Hannover stehen.

Keine Schließung der Hochschule in Hannover.

Der Kultusminister und das preussische Staatsministerium haben sich, wie die „Vossische Ztg.“ berichtet, dahin entschieden, von einer Schließung der Technischen Hochschule in Hannover abzusehen. Minister Dr. Becker betrachtet die ganze Angelegenheit als eine rein akademische Disziplinarfrage. Da außerdem die Staatsanwaltschaft gegen mehrere Studenten bereits ein Verfahren wegen Hausfriedensbruchs eingeleitet habe, ist die preussische Regierung der Auffassung, daß ohne Schließung der Hochschule die ganze Angelegenheit erledigt werden könne. Professor Leising ist gestern von der Staatsanwaltschaft vernommen worden. Er hat dem genannten Mann zufolge die Mitwirkung in einem eventuellen Verfahren abgelehnt. Der Ausschuss der Studentenschaft der Technischen Hochschule wird am Donnerstag eine Erklärung veröffentlichen. Wie die „Ztg. Rundschau“ berichtet, soll Braunschweig 300 und Charlottenburg 250 Studenten aufnehmen.

Aufhebung der Finanzkontrolle über Oesterreich.

Das Ratkomitee für Oesterreich hat beschlossen, den Posten des Generalkommissars für die Finanzkontrolle des Völkerbundes in Oesterreich Ende dieses Monats endgültig aufzuheben und den Generalkommissar Zimmermann zu dem genannten Zeitpunkt abzuberufen.

Die Völkerbunds kontrolle über Ungarn.

Das Ratkomitee für Ungarn hat sich gegen die vollkommene Abschaffung der Finanzkontrolle des Völkerbundes in Ungarn ausgesprochen. Der Generalkommissar Secchi wird zwar in der nächsten Zeit und voraussichtlich Ende dieses Monats seinen Posten verlassen und soll auch keinen Nachfolger erhalten; dagegen bleibt die Kontrolle über die Pfänder und über die Restbestände der Völkerbundsanleihe in Höhe von 88 Millionen Goldkronen bestehen. Die technischen Einzelheiten der weiteren Ausübung der Kontrolle sollen vom Finanzausschuss des Völkerbundes noch einer Prüfung unterzogen werden.

Belgischer Verzicht auf die Reparationskoste. Nach einer Meldung des Blattes „Libre Belgique“ hat die Regierung beschlossen, auf die deutschen Reparationskosten zu verzichten, da die Kosten zu hoch sind. Infolgedessen wird das für die Verteilung der Reparationskoste geschaffene belgische Kohlenkontor mit dem 1. 8. 26 seine Tätigkeit einstellen.

Die neuen Männer in Litauen.

Der mit großer Majorität zum Präsidenten der litauischen Republik gewählte Dr. Grinius steht im 50. Lebensjahre. Er zählt zu den wenigen Politikern der Litauer, die auch von den litauischen Rechtsgruppen ihrer allgemeinen Volkstümlichkeit wegen nicht angefeindet werden. Diese Popularität verdankt Präsident Grinius vor allem seiner politischen Vergangenheit. Seit Jahrzehnten ist er ein Vorkämpfer der litauischen Unabhängigkeitsbewegung und hat sich für diese schon unter der russischen Herrschaft eingesetzt. Auch seine liberale Gesinnung hat ihn beliebt gemacht und die nationalen Minderheiten schätzen ihn wegen seiner bisher stets toleranten Einstellung zur Minoritätenfrage. Grinius stand bereits 1921 eine kurze Zeit hindurch als Ministerpräsident einmal an der Spitze der Regierung Litauens, welches ihm jetzt das höchste Staatsamt anvertraut. Die Leitung des Sejms ist dem Volkssozialisten Stangaitis übertragen, der während der litauischen Regierung schon Sejmspräsident und damals die Zielscheibe außerordentlich heftiger Angriffe seitens der Rechtsparteien war. Der neue Vizepräsident des Sejms, Kairns, gehört zu den führenden Männern der litauischen Sozialdemokratie. Von Beruf ist er Ingenieur und war ehemals Großgrundbesitzer. Doch legte er schon damals als überzeugter Befürworter bauerlicher Reformwünsche und -bestrebungen den Grundstein zu geschätzten polnischen Stellung, die er noch heute einnimmt.

Ablehnung der Abänderung der bayerischen Verfassungsurkunde.

An der in der gestrigen Plenarsitzung des bayerischen Landtages erfolgten namentlichen Abstimmung über die Abänderung der Verfassungsurkunde beteiligten sich die im Hause anwesenden 123 Abgeordneten. 85 Abgeordnete der Koalitionsparteien und des völkischen Blocks und einige Mitglieder der Freien Vereinigung stimmten für die Abänderung. Da für die Annahme der Abänderung 86 Stimmen (Zweidrittelmehrheit) notwendig gewesen wären, sind die Abänderungen gescheitert. Das Ergebnis der Abstimmung wurde von den Parteien der Linken mit lebhaftem Beifall und Beifall aufgenommen. Den Ausschlag für das Fallen der Abänderung hatte der dem Bauernbund, also der Koalition angehörige Abgeordnete Klarhausen gegeben, der sich der Abstimmung enthielt.

Die Spaltung der englischen Liberalen.

Am Dienstagabend wurde die Spaltung der liberalen Parlamentsfraktion zur Tatsache. Unter dem Vorsitz von Lloyd George hielt die Fraktion eine Sitzung ab, bei der 24 Mitglieder anwesend waren. Zur Beratung stand eine Entschließung, die eine Mißbilligung darüber ausdrückte, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Lord Oxford (Asquith) und Lloyd George in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Die Entschließung bedeutet eine Mißbilligung des Verhaltens von Lord Oxford, der einen von ihm verfaßten Brief gegen das Verhalten Lloyd Georges der Öffentlichkeit übergeben hatte. Ein Antrag, die Mißbilligung aus der Entschließung zu streichen, wurde mit 20 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Damit dürfte die Spaltung in zwei Gruppen, die der Anhänger Lloyd Georges und Lord Oxfords, vollendete Tatsache geworden sein.

Verhandlungen im englischen Bergbaukampf.

Am Dienstag sind zum erstenmal wieder die Führer der Bergarbeiter und die Vertreter der Bergbauunternehmer zu Verhandlungen zusammengekommen, die drei Stunden dauerten. Die Unternehmer haben bei dieser Gelegenheit den Bergarbeitern abermals als Verhandlungsbasis vorgeschlagen, daß die vor dem Streik geltenden Arbeitsbedingungen weiterhin maßgebend sein sollen; an fünf Tagen der Woche acht Stunden, am Sonnabend sechs Stunden arbeiten. Die Lohnregelung soll die gleiche bleiben. Im Anschluß an diese Besprechung traf am Abend das Erleichterungskomitee der Bergarbeiter zu einer Vollversammlung zusammen. Nach Schluß der Sitzung wurde die Lage als unüberwindlich bezeichnet. Eine neue Zusammenkunft mit den Unternehmern ist einstweilen nicht verabredet worden.

Gewaltiges Nachspiel der Berncastler Wingerunruhen.

Gegen 20 Teilnehmer an den Berncastler Wingerunruhen ist nunmehr die Anklage wegen Landfriedensbruch, Urkundenfälschung usw. eröffnet worden. Die Verhandlungen vor dem erweiterten Schöffengericht in Trier sollen am 15. Juni beginnen. Es handelt sich bei den Angeklagten meist um Winger aus der Gegend um Berncastel.

lauchte dem Regen, der gegen das Fenster klatschte, und fühlte keine Körperlast mehr. Nur seine Stirnmasse empfand er noch; ein Beissenlos Leichten, das die Pflanzheit des Fleisches narrte. Manchmal legte auch sein Hirn aus, umnebelt von Ohnmacht, dann ergriff und spürte er seine gefühlten Gedanken in den Fingerspitzen. —

Um den breiten Rasenlofen lag in der Dämmerstunde die ganze Familie: Vater, Mutter und die beiden Söhner. Geborgenheit langte im letzten Tageslicht flimmernd um den Dien. Dem Vater entfiel kühlend die Zeitung; seine fettgepolsterten Hände ruhten rund auf den Schenkeln und manchmal kurzweilte der Schweiß. Da der Vater schlief, unterhielten sich die drei Frauen leiser; dämmerte auch die Mutter ein; herrschte nur ein Flüstern zwischen den Schwestern. Die Rede ging von Männern und der Vermählung, ob wohl zu Weihnachten sie verlobt seien. Festglanz lag auf, die Atmosphäre, gefüllt von den Gedanken, aus ihnen lächelte Jovialität. Hitze strirte unerträglich um den Ofen; der Vater erwachte und fragte polternd, wo das Abendessen sei. . .

Er schritt an einem lauen Frühlingsnachmittag durch die Straßen der Stadt. Er kam an einem Freigarten vorbei, wo viele Menschen saßen; alle sonniglich gekleidet. Als er schon eine Weile an dem Garten vorüber war, begann ihm Durstgefühl zu quälen; er kehrte um und betrat das Wirtschaftsgelände. Wie er die Schwelle überschritt und sich nach einem Platz umschah, hatte er plötzlich die Nähe seines Freundes auf und sah gleichzeitig seinen Hut an dessen Stoffeile hängen. Sein Freund mußte die Pinzel an dem verweirterten Füll ab und jagte ihn und wieder: „Es ist der Tag der Zeit, daß unterstleichen keine Erlaubnisberechtigung mehr hat.“ Er sah sich mit seines Freundes Rücken in der Hand durch den Garten, von Tisch zu Tisch gehen und betteln. Es quälte ihn kein Durst mehr; er hörte nur flimmernd Klängen in seines Freundes Nähe fallen und sah ein Meer geröteter Gesichter vor sich schwimmen. Hinter ihm jagte eine kräftige Stimme: „Das der Keil für Faulenzehnde hat!“ Dann vernahm er wieder die Stimme des Wäfers: „Es ist der Tag der Zeit, daß unterstleichen keine Erlaubnisberechtigung mehr hat.“

Die Türe wurde aufgerissen und herein trat die Wirtin; schenkte, um das Bett zu machen. Er bemerkte ihre Kommen nicht. Wie sie ihren Mieder angekleidet auf dem Bett liegen sah, schüttelte sie verzerrt den Kopf und sprach:

Aber nein — so etwas ist mir noch nicht vorgekommen! In fünfzigjährigen Jahren nicht. Und dazu noch ein feinerer Mann. Da meint man alleweil, was recht Rabies zu haben. Re ist, ist, ist; ein feinerer Herr! Das ganze Bett verdreht er mir. Am helllichten Tage, wie ein Betrunkener. — Sie rief ihn beim Namen: „Es ist wohl schon besser, Sie sehen sich nach einer anderen Wohnung um!“ Er war unterdessen halb zu Bewußtsein gekommen und frug: „Was sagen Sie?“ „Ein anderes Zimmer sollen Sie sich suchen! Bei mir dulde ich in ein Aderleben nicht länger. In einem anständigen Hause. . . Wo denken Sie hin. Also — eine andere Wohnung zum fünfzehnten.“ „Es wird kaum mehr nötig sein,“ sagte er und drehte sich auf die andere Seite. „Das wird sich zeigen!“ behielt die Vermieterin das letzte Wort. — Wie sie zum Zimmer hinausging, drang Geruch geratener Kartoffeln durch die Tür und stieg dem Halbchlaf in die Nase. Von den Kircheng der Stadt läuteten die Glocken Mittag.

ganze Bett verdreht er mir. Am helllichten Tage, wie ein Betrunkener. — Sie rief ihn beim Namen: „Es ist wohl schon besser, Sie sehen sich nach einer anderen Wohnung um!“

Er war unterdessen halb zu Bewußtsein gekommen und frug: „Was sagen Sie?“

„Ein anderes Zimmer sollen Sie sich suchen! Bei mir dulde ich in ein Aderleben nicht länger. In einem anständigen Hause. . . Wo denken Sie hin. Also — eine andere Wohnung zum fünfzehnten.“

„Es wird kaum mehr nötig sein,“ sagte er und drehte sich auf die andere Seite.

„Das wird sich zeigen!“ behielt die Vermieterin das letzte Wort. — Wie sie zum Zimmer hinausging, drang Geruch geratener Kartoffeln durch die Tür und stieg dem Halbchlaf in die Nase.

Von den Kircheng der Stadt läuteten die Glocken Mittag.

Stadel im Adler Opernhaus. Montagabend kam es anlässlich des Gespiels von Michael Bohnen in der Kölner Staatsoper zu Ständchen. Bohnen, der den Hans Sachs sang, ließ vor dem zweiten Aufzuge mitteilen, daß er wegen Unfähigkeit nicht weitergehen könne. Darauf erhob sich ein Sturm der Entrüstung im Hause. Es wurde gepöflet, so daß das Orchester abbrechen mußte. Erst dem Intendanten Remond, der erklärte, daß Bohnen tatsächlich erkrankt sei, gelang es, das Publikum zu beschwichtigen. Ein Teil der entrihteten Theaterbesucher, denen das Eintrittsgeld zurückerstattet wurde, verließ das Haus. Die Vorstellung wurde hierauf mit einem anderen Sänger in der Titelrolle fortgesetzt.

Krisis im Deutschen Bühnenverein. Die Berliner Theaterdirektoren Reinhardt, Barnowitsch, Robert, Friedmann-Friedrich haben gemeinsam ein Schreiben an das Präsidium des Deutschen Bühnenvereins gerichtet, in welchem sie, ohne Angabe von Gründen, ihren Austritt aus dem Deutschen Bühnenverein und damit auch aus dem Verbande Berliner Bühnenleiter erklären.

Ein Carl Maria von Weber-Strafe. Die Dresdener Stadtverwaltung hat beschlossen, einer Strafe in Dresden den Namen Webers zu geben, der in Dresden seine erfolgreiche Tätigkeit als Komponist und Kapellmeister ausgeübt hat. Zugleich wurde auch an Webers 100. Todestage in der höchsten Landesbibliothek eine Weber-Gedächtnisausstellung eröffnet.

Ein acht Meter hohes Ständbild Berlin ist in Leningrad fertiggestellt worden. Es wird an einer erhöhten Stelle der durch den Kaufhaus führenden Gruninschen Heerstraße aufgestellt werden.

Die Wahrheit über das Tabakmonopol.

Eine offizielle Stellungnahme des Senats. — Warum die Einführung nicht zu umgehen ist. Die Verhältnisse in der Tabakindustrie.

Neben das in Vorbereitung befindliche Tabakmonopol herrscht bekanntlich ein großer Meinungsstreit. Besonders ist auch über das Gesetz, welches den Titel Gesetz zur Vorbereitung eines Tabakmonopols führt und welches eine höhere Besteuerung von Tabakwaren mit sich bringt, selbst zwischen den Parteien keine Klarheit. Der Steueraussschuß des Volkstages hatte deshalb den Finanzsenator Dr. Volkmann und den Präsidenten Sahm gebeten, im Steuer-ausschuß zu erscheinen und Klärung zu geben. Diese Sitzung fand gestern statt. An Stelle des verreisten Präsidenten Sahm war Gen. Dr. Kamnitzer erschienen.

Erklärung des Senators Volkmann.

Finanzsenator Dr. Volkmann gab folgende Einführung zum Gesetz: Der vielumtriebene Gesetzentwurf ist kein eigentliches Steuergesetz, sondern ein Vorbereitungsgesetz für ein Monopol. Es ist auch kein Gesetz für ein Monopol. Den Gesetzentwurf könne man nur verstehen, wenn man vom Gedanken eines Monopols ausgeht. Er selber wie auch andere Personen, die nach langem Ringen zu dem Gedanken der Einführung eines Monopols sich durchgesetzt haben, seien keine Freunde einer Monopolwirtschaft, man sei aber zu der Einsicht gekommen, daß

für Danzig ein Monopol unabwendbar

ist. Polen hat seit langer Zeit mit Danzig Verhandlungen über die Einführung eines Monopols beantragt und geführt. Die Verpflichtung Danzigs zur Einführung eines Monopols ist bereits in der Pariser Konvention enthalten, dessen Artikel 17 besagt: „Innerhalb der Frist eines Monats vom Inkrafttreten dieses Vertrages werden Verhandlungen zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig geführt, die zum Ziele haben a) die Maßnahmen zu prüfen, die zu treffen sind, um die polnische Zollgesetzgebung und den polnischen Zolllarif auf die Freie Stadt Danzig anzuwenden und soweit möglich, die Danziger Gesetzgebung der polnischen Zollgesetzgebung anzupassen, soweit sie sich auf die Monopole und im allgemeinen alle direkten Abgaben und Steuern bezieht.“ Im Warschauer Abkommen ist dann erneut im Art. 207 auf die Anpassung der Gesetze hinsichtlich Monopole und indirekten Steuern Bezug genommen worden. Polen hatte vor und nach der Einführung einer Zollgemeinschaft zunächst kein Interesse an Verhandlungen über die Anpassung der Danziger Gesetzgebung an die polnische, da Polen selbst kein einheitliches Monopol- und Steuergesetz aufzuheben gekommen war, wurde Polens Interesse an einem Danziger Monopol wach. Man kann es Polen nicht verdenken, denn Polen leidet unter der Danziger Konkurrenz stark. Die polnische Bevölkerung bevorzugt die Danziger Zigarette wegen ihres Geschmacks. In der Danziger Zigarettenindustrie waren zeitweise bis zu 2000 Arbeiter beschäftigt. Die Produktion für die Ausfuhr war 10mal so groß als die Produktion für den Bedarf der Freien Stadt Danzig. Inzwischen ist die Ausfuhr nach Skandinavien und Litauen fast völlig gehemmt, und die Exportmöglichkeit fast zusammengefallen. Auf legalem Wege ist ein Export nach Polen nach Einführung eines Tabakmonopols in Polen praktisch unmöglich. Im Artikel 207 des Warschauer Abkommens sind

Kontingente der Danziger Erzeugung zur Ausfuhr nach Polen

vorgesehen, aber aus den geführten Verhandlungen ist ein Erfolg nicht herauszukommen. Zuerst waren die von der Danziger Tabakindustrie geforderten Kontingente übertrieben hoch, aber auch als die geforderten Kontingente durch den Senat herabgesetzt worden waren, konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Polen verlangte die Angleichung der Danziger Gesetzgebung an die polnische. Die illegale Ausfuhr von Tabakwaren nach Polen hat in Art und Menge stets geschwankt, doch war sie stets vorhanden. Die Zigaretten wurden mit der niedrigsten Vandalenrolle versehen, obwohl es hochwertigere Ware war. Die Vandalenrolle wird ja erst beim Verkauf erfasst und beim Verkauf ins Ausland ist eine Kontrolle nicht möglich. Trotzdem ist es nicht verborgen geblieben, daß nicht unerhebliche Mengen Zigaretten nach Pommerellen ausgeführt wurden, obwohl die Danziger Behörden ein wachsames Auge hierfür hatten. Niemanden kann der Schmuggel nach Polen mit Freude erfüllen, er dient dunklen Interessen. Es kann nur der Gedanke maßgebend sein, für legale Zwecke für unsere Danziger Industrie Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Wir müssen alles tun, um den Schmuggel nach Polen zu verhindern.

Polens Vorgehen gegen Danzig.

Aber auch Polen hat alles versucht, um mit Hilfe der Zollgemeinschaft die Danziger Tabakindustrie zu erdrücken. Die Einfuhr der Tabakrohmaterialien für das polnische Monopol genießt Zollfreiheit. Die Rohmaterialien müssen fast durchweg aus dem Auslande eingeführt werden, da nur in Galizien in nicht in Betracht kommenden kleinen Mengen Tabak erzeugt wird. Der Rohabaksmuggel nach dem polnischen Zollgebiet ist unmöglich. Alles ist in die Hand der polnischen Monopolverwaltung gegeben. Polen fing an, systematisch den Zoll für Rohabak in die Höhe zu schrauben. Man wird nun fragen, warum geschah dieses, wo doch ein Einfuhrverbot besteht? Es geschah lediglich, um Danzig zu schaden. Bei einem Zoll von 1600 Zloty für 100 Kilo kommt kein Rohabak mehr nach Danzig herein, dann würde nur die polnische Monopolzigarette für Danzig noch in Frage kommen. Es hängt dieses mit der zwischen Danzig und Polen bestehenden Zollgemeinschaft und der Untätigkeit der Gesetzgebung beider Staaten zusammen. Bei der Kette der Zollgesetzgebung in der Hand hat, der hat alles in seiner Hand. Danzig ist aber auch in hohem Maße an Polen tributpflichtig. Für den Danziger Bedarf wurden jährlich 2 bis 3 Millionen Gulden Zoll auf eingeführten Rohabak aufgebracht, wovon Polen 92,5 Prozent, Danzig nur 7,5 Prozent erhält. Es wurden also jährlich 1,58 Mill. bis 2,75 Mill. Gulden an Polen gegeben. Hierfür bekam Danzig keine Gegenleistung, während von anderen Waren auch Danzig 7,5 Prozent der Zolleinnahmen von in Polen verzollter Waren erhält.

Der Senat befindet sich nun in einer Zwangslage, es mußte ein Ausweg gefunden werden. Der Senat hat zunächst mit Polen Verhandlungen geführt auf Herabsetzung des Zolls. Polen aber stellte sich störrisch. Was nun bei Erhebung einer Beschwerde der hohe Kommissar bzw. Genf gesagt haben würde, wußte der Senat im voraus. Sie würden auf die in den Verträgen vorgezeichnete Untätigkeit der Gesetzgebung hingewiesen und den Parteien aufgegeben haben, dieselbe herbeizuführen.

Die verschiedenen Monopole.

Der Senat konnte nur den Weg beschreiten, der eine Gleichstellung in der Zollfreiheit verlangt. Man hatte im Senat zunächst den Gedanken, ein Handelsmonopol einzuführen. Die Vorteile sollten der Danziger Industrie teilhaftig werden. Doch mußte sich der Senat bald davon überzeugen, daß es so nicht ging, insbesondere als ein angesehener österreichischer Fachmann diesen Weg als ungangbar bezeichnete. Bei einem Streitverfahren wußte der Senat, daß er dabei ins Hintertreffen geraten würde. Es kann nur ein Monopol in Frage kommen, das die Einfuhr, die Produktion, den Binnen- und Kleinhandel umfaßt, also ein Vollmonopol. Es wird mit polnischen, englischen und schwedischen Monopol übereinstimmen. Der Senat benötigt bei der angesprochenen Finanzanlage die im Etat eingeschätzten 5 Millionen Gulden Einnahmen aus einem Monopol. Die Verabschiedung eines Monopoles drängt. Nach den Staatsbeschlüssen des Volkstages kann es sich nur um ein Vollmonopol handeln.

Durch das Vorbereitungsgesetz eines Tabakmonopols soll verhindert werden, daß Entschädigungen zu Buche schlagen, die aus einer Schmuggelproduktion herrühren. Mit diesem Gesetz soll der Schmuggel beschränkt werden. Diesem Zweck dient besonders die Erhöhung der Vandalenrolle der untersten Stufe. Diese billige Zigarette ist im Handel fast gar nicht erschienen, sie war nur Schmuggelproduktion. Aber auch eine Bestandsaufnahme soll erfolgen. Es soll verhindert werden, daß Betriebe, die ein Scheindefizit nur führen und schon längst eingegangenen wären, wenn sie nicht noch auf die Abfindung infolge der Einführung eines Monopols formhalber weiter bestehen, eine Entschädigung erhalten.

Die Verhandlungen mit Polen.

Senator Gen. Dr. Kamnitzer gab dann einen Überblick über die mit Polen geführten Verhandlungen. Dieselben haben am 8. März d. J. begonnen. Es handelte sich um die Einfuhrkontingente zum ermäßigten Zolltarif. Die polnische Delegation erklärte sich bereit, Kontingente auf die Dauer von 6 Monaten zu ermäßigtem Zolltarif zuzubilligen, gestritten wurde nur über die Höhe der Kontingente. Der Senat hat dann ferner die Verhandlungen auf die Einführung eines Tabakmonopols geführt. Zunächst schlug der Senat ein Handelsmonopol vor, doch lehnte Polen die Diskussion über ein solches ab, weil nach seiner Ansicht ein Handelsmonopol kein Monopol wäre. Der Senat schlug dann ein Vollmonopol unter Ausschluß der Fabrikation vor. Die Fabrikation sollte als Lohnarbeit bleiben. Die polnische Delegation gab daraufhin eine Erklärung ab, auch dieses Monopol nicht anzuerkennen, da nur ein der polnischen Gesetzgebung angepaßtes Monopol Zollfreiheit erlangen könne. Daraufhin sind dann die Verhandlungen über die Einführung eines Tabakmonopols geführt worden. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß der Senat den Entwurf über ein Tabakmonopolesetz in kürzester Frist dem Volkstag vorlegen wird.

In der Ansprache blieben die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Riehm und Böcker auf dem Standpunkt bestehen, daß die Einführung eines Monopols nicht notwendig sei und sich umgehen lasse. Herr Dr. Riehm behauptete, daß im Streitverfahren vor den Völkerbundinstanzen Danzig Recht erhalten müsse und er das Vertrauen habe, daß der Völkerbund dies auch tun würde. Von sozialdemokratischer Seite wurde diesen Herren die Frage vorgehalten, was gesehen soll, wenn die polnische Regierung auf ihrem Standpunkt auf Herbeiführung der Vereinheitlichung der Danziger Gesetzgebung mit der polnischen Gesetzgebung bestehen bleibt? Das sei die Kernfrage, und da gäbe es keine andere Möglichkeit als die Einführung des Monopols. In der Sitzung wurde auch die gegen den Senator Gen. Böcker erhobenen Verleumdungen eingegangen und werden wir auf die Entlarung der deutschnationalen Agitationschwänbelchen besonders eingehen.

Die Lessing-Rohlinge wollen nach Danzig kommen!

Der Studentenstand von Hannover scheint erneut sich auch auf Danzig ausdehnen zu wollen. Wie berichtet wird, sollen die vandalisierenden Demonstranten, nachdem ihnen in Hannover scharf entgegengetreten wird, die Absicht haben, die dortige Technische Hochschule zu verlassen, um ihre Studien an anderen Hochschulen fortzusetzen. In erster Linie soll man dabei an Danzig denken. Der Führer der aufrührerischen Studentenschaft hat jedenfalls erklärt, daß, wenn dem Verlangen der hannoverschen Studentenschaft, Professor Lessing von der dortigen Hochschule zu entfernen, nicht stattgegeben werde, so würden sehr viele Studierende von Hannover nach Danzig ziehen, wo man auf deutsche Studierende warte.

Diese Absicht kommt nicht ungefähr. Zunächst hat bereits im Vorjahr, als die Freizeiten gegen Professor Lessing ihren Anfang nahmen, ein Teil der hiesigen Studentenschaft sich bemühend gefügt, seine Sympathien mit dem Vorgehen der Hannoveraner erklärt. Daraus und aus dem sonst hinlänglich bekannten reaktionären Geist unserer Hochschule mag man in der Studentenschaft von Hannover den Schluß gezogen haben, daß man hier in Danzig mit offenen Armen aufgenommen würde. Das ist allerdings eine Annahme, die in diesem Fall keine Berechtigung hat. So sehr sich auch die Bevölkerung Danzigs über eine starke Besetzung der Hochschule durch deutsche Studenten freut, so muß es doch entschieden abgelehnt werden, daß die Danziger Hochschule zu einem Zufluchtsort für studentische Elemente wird, die in ihrer Unduldsamkeit gegen ihren politisch nicht genehme Professoren sogar zu wilden Ausschreitungen, wie ordinären Beschimpfungen und körperlichen Mißhandlungen übergehen. Für solche Sprößlinge kann und darf an unserer Hochschule kein Platz sein.

Es kommt noch hinzu, daß die Aufnahme der Rebellen von Hannover durch Danzig zu einer ausgesprochen feindseligen Maßnahme gegen Preußen werden müßte. Es darf wohl schließlich auch von unsern „liberalen“ Kultusminister erwartet werden, daß er seinem rechtsstehenden, völksparteilichen Kollegen Beder in Preußen, der die Abwehrmaßnahmen gegen die standalstüchtige Studentenmeute von Hannover führt, in den Rücken fallen. Jedenfalls wird der Senat dieser neuen für Danzig drohenden Blamage rechtzeitig vorbeugen müssen.

„Geschlossen hinter Dr. Blavier“.

Eine stürmische Versammlung der Hausbesitzer. — Das Verhalten des Stadtbürgers Steinhoff.

Der Kampf in den Reihen des Hausbesitzerverbandes scheint doch eine andere Wendung genommen zu haben. Trotz der in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ erlassenen Anzeige des Stadtbürgers Steinhoff, wonach die Generalversammlung des Verbandes der Hausbesitzervereine nicht stattfinden sollte, fanden sich gestern abend zahlreiche Mitglieder des Verbandes, etwa 1300 Personen, im Werkzeughaus ein. Die Versammlung verlief äußerst stürmisch. Gleich zu Beginn entleerte man sich der Gegenwart des Stadtbürgers Steinhoff, der aus dem Saale gedrängt wurde. Das gleiche Schicksal hatte der deutschnationaler Strohbohrer Rehring, der sich als „Präsident“ ausgab.

Als Dr. Blavier am Rednerpult erschien, erhob sich ein Sturm der Begeisterung. Er nahm sogleich das Wort zu einem Vortrag über die gegenwärtige Lage des Haus- und Grundbesitzes. Der Grundbesitz habe, so führte er aus, augenblicklich unter zwei Gesetzen besonders zu leiden. Das eine davon sei das Aufwertungs-gesetz. Hier müsse der Grundbesitz darauf bedacht sein, eine Erweiterung der Aufwertungsätze über die bisher feststehenden Sätze nach Möglichkeit zu verhindern. In dieser Beziehung gingen die Interessen des Grundbesitzes Hand in Hand mit der Ansicht der Mehrheit des Volkstages, selbst die Sozialdemokratie nehmen den gleichen Standpunkt ein. Dagegen trage das Wohnungsbau-gesetz viel größere Nachteile für den Grundbesitz in sich. Die Gefahr bestehe in der Hauptsache darin, daß man das Gesetz, das Ende 1927 abläuft, auf weitere fünf Jahre verlängern wolle. Dieses Bestreben werde besonders von dem Senator Dr. Leske unterstützt. Besonders bedauerlich sei es jedoch, daß selbst in Hausbesitzervereinen für eine Verlängerung des Gesetzes Stimmung gemacht werde, das hienne das Verhalten Steinhoff's und seiner Anhänger, die es fertig gebracht hätten, selbst Fälschungen, wie das Inserat in den „Danziger Neuesten Nachrichten“, zu degenen, mit denen sich noch der Staatsanwalt beschäftigten werde. Zum Schluß seiner Rede verteidigte Dr. Blavier seine Methode im Kampf für die Interessen des Grundbesitzes. Die Hausbesitzer würden jede Regierung unterstützen, die ihr Hauptziel, die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, fördere. Dagegen werde man sich gegen eine Verlängerung des Wohnungsbau-gesetzes mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Die Versammlung dankte dem Redner für seine Ausführungen mit minutenlangem Beifall.

Es sprachen nur noch Vertreter der Vorortvereine Langfuhr, Neubude und Schidlitz. Sie stellten fest, daß die Abgabe der Verammlung in den „Neuesten Nachrichten“ eine Fälschung seitens Steinhoff's sei. Einige der unterzeichneten Namen sind ohne Wissen der Genannten unter die Abgabe gesetzt worden. Immer ohne neuen wurde Dr. Blavier als Führer des Verbandes gefeiert. Die „Neuesten Nachrichten“ und der Stadtbürger Steinhoff wurden mit Worten der schärfsten Entrüstung bedacht. Dr. Blavier erklärte noch, daß die gegen ihn gerichteten gehässigen und gefälschten Angriffe der Danziger „Neuesten Nachrichten“ den Zusammenbruch seines Vaters verschuldet hätten. Abg. Bahl beschloß sich mit den Vorgesängen im Langfuhrer Hausbesitzerverein. Die dort vor einiger Zeit vorgenommene Wahl des Vorstandes habe das Gericht für ungültig erklärt. Trotzdem habe Steinhoff noch immer sein Amt als Vorsitzender aus.

Am Schluß der Versammlung nahm man einstimmig folgende Resolution an: „Die Versammlung steht geschlossen hinter dem Verbandsvorsitzenden, Dr. Blavier, und die von ihm eingeleitete Politik. Sie erklärt das Vorgehen Steinhoff's für ein Verbrechen am Hausbesitz und beantragt den Ausschluß Steinhoff's aus dem Grundbesitzverband.“

Neuregelung der Arbeitslosen-Kontrolle.

Die zweimalige Stempelung eingeschränkt.

Gelegentlich der Beratung eines Antrages im Volkstage auf einmalige Stempelung der Erwerbslosen-Vormerkarten war ein Antrag der Koalitionsparteien angenommen worden, daß die zweimalige Abstempelung der Vormerkarten, wo durch weite Wege zu der Abstempelungsstelle hätten vorliegen, fallen gelassen und die einmalige Abstempelung der Vormerkarten als ausreichend angesehen werden soll. Daraufhin wird nunmehr der Senat dieser Tage eine Neuregelung vor sich gehen lassen.

Alle Erwerbslosen in Danzig, die außerhalb der Festungsmäule wohnen, wie z. B. in Schidlitz, Wonneberg ufm. brauchen nur täglich einmal stempeln. Dasselbe ist der Fall für die Erwerbslosen in den Vororten. Man hat hier die Orte herausgelocht, die zwischen zwei Abstempelungsstellen liegen. Die übrigen Erwerbslosen sollen täglich zweimal ihre Karten abstempeln, wobei der bisherige Zustand beibehalten bleibt, daß an zwei Tagen in der Woche nur einmal gestempelt werden braucht.

Es besteht nun auch die Anordnung, daß die Erwerbslosen aus den Vororten sich wöchentlich zweimal nach dem Arbeitsamt in Danzig zur Abstempelung begeben müssen. Diese Maßnahme ist getroffen worden, damit der betreffende Facharbeitsnachweisbeamte auch mit den Erwerbslosen in den Vororten Fühlung behält. Diese Maßnahme wird als eine Härte empfunden, zumal an demselben Tage noch eine zweite Abstempelung der Vormerkarten in dem Vorort erfolgen muß. In einer Eingabe an den Volkstag wandten sich mehrere Angestellte gegen diese Maßnahme. Vom Vertreter des Senats wurde darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme bestehen bleiben müsse, daß aber die Beamten angewiesen sind, Rücksicht zu nehmen, wenn infolge dieser Maßnahme die zweite Abstempelung nicht mehr möglich erscheint. Es wird dann ein Vermerk des Facharbeitsnachweisbeamten in die Vormerkkarte eingetragen.

Bei der Beratung dieser Eingabe wurde auch darauf hingewiesen, daß es als eine Härte befunden wird, wenn bei Zuspätkommen weniger Minuten die Abstempelung der Karte nicht mehr zugelassen wird. Es wurde gewünscht, daß man hierin mehr Entgegenkommen zeigen solle. Vom Senatsvertreter wurde bemerkt, daß dieses nicht möglich sei, weil es dann in das Belieben eines jeden Beamten gelegt sei, wie weit er Rücksicht nehmen wolle. Ferner würde dann das Zuspätkommen zu einer regelmäßigen Erscheinung werden. Die Eingabe wurde dem Senat als Material überwiesen.

Stadtsamt vom 9. Juni 1926.

Todesfälle: Rentiere Florentine Förner geb. Lemke, 87 J. 4 M. — Witwe Helene Kamnitzer geb. Schweiger, 78 J. 5 M. — Arbeiter Alfred Dkuniowski, 21 J. — Ehefrau Angelika Benzel geb. Frey, 29 J. 11 M. — Sohn des Motorfließers Bruno Kraus, 3 J. 2 M. — Sohn des Heizers Otto Krobrow, 2 M. — Sohn des Arbeiters Julius Wilschowski, 3 M. — Ehefrau Bertha Lohb geb. Demide, 65 J. 1 M. — Ehefrau Anna Stoll geb. Sarek, 25 J. 4 M.

WIRTSCHAFT * HANDEL * SCHIFFFAHRT

Die Verarmung der polnischen Banken.

H. Die Massentiquidierungen und Zusammenbrüche, unter deren Zeichen das polnische Bankwesen 1925 stand, waren in der Hauptsache eine Folge des noch aus der Inflationszeit datierenden Kapitalmangels. Dazu kam der noch heute bestehende Unterschied zwischen der Bankrate und dem dreimal so hohen Privatfuß, der die Einlagebewegung in den Banken hemmte. Es war auch die bankfeindliche Steuerpolitik der Grabst-Regierung, die den Bankbetrieb unrentabel machte. Hierbei muß eine scharfe Grenze zwischen der ersten und zweiten Jahreshälfte 1925 gezogen werden. Welche maßgebenden Einfluß der im Sommer 1925 begonnene

Verfall des Klotz

auf die Entwicklung der Kredite hatte, die den polnischen Banken vom Auslande gewährt wurden, zeigen die nunmehr vorliegenden Ziffern über die Verschuldung dieser Kreditinstitute in fremder Währung. Am 30. Juni 1925 betrug die Gesamtverschuldung der polnischen Banken an das Ausland 98 236 000, am 31. Juli 98 585 000, am 30. September 106 788 000, um schließlich am 31. Dezember auf 95 220 000 Klotz zurückzugehen. Im Verhältnis zum Stande vom 30. September war also die Höhe der im Auslande aufgenommenen Gelder durch Kündigung der Kreditgeber um 10 Prozent gefallen. Betrachtet man die Bilanzziffern der sieben größten deutschen Banken, die für das Jahr 1925 eine Gesamtsumme der Auslandskredite in Höhe von 4 900 000 000 Mark aufweisen, mit den früher angeführten Krediten der polnischen Banken, so zeigt sich, daß die deutschen Banken bereits die Vorkriegshöhe erreicht haben, während in Polen die Bilanzziffern kaum ein Schmelz der Vorkriegsanlagen betragen.

Noch deutlicher illustriert die rückläufige Bewegung der Bankentwicklung in Polen ein Vergleich der eigenen Kapitalien mit dem Vorkriegsstand. Ende 1925 betrug die Gesamtsumme des Einlagekapitals der polnischen Aktienbanken im ganzen 180 Millionen, und alle Reserven zusammen, welche sonst das Aktienkapital überstiegen, ergaben im ganzen 26 Millionen. Für

die Verarmung der Banken

selen einige Beispiele zum Vergleich angeführt: die Warschauer Handelsbank, das älteste und vor dem Kriege bestrenommierte Unternehmen, besaß im Jahre 1914 ein Anlagekapital von 20 Millionen Goldrubel; nach der Eröffnungsbilanz in Klotz betrug das Aktienkapital dieser Bank 1925 nur noch 10 Millionen. Das Grundkapital der polnischen Industriebank in Lemberg, das vor dem Kriege 10 Millionen Goldruben betrug, weist heute nur noch 6 Millionen Papierklotz auf. Die Warschauer Diskontobank, deren valorisierte Einzahlungen auf das Aktienkapital den Gegenwert von mehr als 30 Millionen Klotz aufwiesen, führte in der Eröffnungsbilanz 1925 nur noch ein Anlagekapital in Höhe von 10 Millionen Klotz an.

Interessant ist ferner

das Deckungsverhältnis der polnischen Banken

im abgelaufenen Berichtsjahr, wenn man die sofort erfassbaren Aktiven, also die Kassenbestände und Giroguthaben bei der Nationalbank bzw. Postsparkasse, den Passiven gegenüberstellt. In dieser Beziehung hat sich der Stand bei den polnischen Banken gegenüber der Vorkriegszeit stark verschlechtert. 1924 bewegte sich der Prozentsatz der Verdeckung zwischen 7 und 21 Prozent, im Jahre 1925 verschlechterte er sich auf 7,1 Prozent. Sowohl eine russische Verordnung aus der Vorkriegszeit als auch die deutsche Reichsbank gingen von der richtigen Erwägung aus, daß die Kreditinstitute in ihren Kassen mindestens 10 Prozent des Gegenwertes ihrer Einlagen besitzen müssen, um eine ausreichende Gewähr für den Fall einer augenblicklichen Kündigung von Einlagen zu bieten. Was

die Kreditgeschäfte der polnischen Banken

für diese Zeit betrifft, so war die Kreditfähigkeit vor dem Zusammenbruch des Klotz eine ziemlich lebhaft und verminderte sich im selben Maße, als der Kredit von der Bank polft und die Valutaeinlagen aufgekündigt wurden. Am 31. Juli 1925 betrug die Gesamtsumme der von den 82 polnischen Banken erteilten Kreditbeträge 725 Millionen und am Jahresende nur noch 615 Millionen. Der vierte Teil der von den Banken bewilligten Kredite wurden im Wege des Reiskontos aufgebracht, der Rest verteilte sich auf die Einlagen und teilweise auf die eigenen Kapitalien. Im abgelaufenen Berichtsjahr wurden in den einzelnen Instituten sehr umfangreiche Personalreduktionen zwecks

Verbüßung des Verwaltungsapparates

durchgeführt und auch sonst die Handelsunkosten stark abgebaut. Trotzdem war das Verhältnis zwischen den Einlagen und den Handelsunkosten noch immer ein sehr ungünstiges. Zwar hat sich das Verhältnis gegen das Vorjahr bedeutend gebessert — im Jahre 1924 machten die Handelsunkosten 3 bis 4 Prozent der Gesamteinlagen, im Jahre 1925 nur noch 2 Prozent —, aber der Stand, wie er vor dem Kriege war, da die Handelsunkosten 0,2 Prozent der Gesamteinlagen selten überstiegen, dürfte nicht so rasch erreicht werden. Während ferner vor dem Kriege die Handelsunkosten kaum 40 Prozent der Bruttoeinnahmen ausmachten, ist gegenwärtig das Mißverhältnis zwischen den Handelsunkosten und den Provisions- und Prozentzinsen ein ganz hervorragendes. Ende 1925 ergaben die Zinsen und Provisionsrechnungen in allen Banken Polens die Gesamtsumme von 706 Millionen, während die Handelsunkosten 76,2 Millionen verschlangen. Mit der

Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage

in Polen hat also die Lage der Banken gleichfalls eine ungünstige Wendung genommen. Die passive und aktive Kreditfähigkeit ist erschöpft, da die Akkumulation des Kapitals in Deutschland zusehends wächst, in Polen kaum Fortschritte macht. Eine Hauptfrage der polnischen Banken, die die Vermittler der Geschäfte für Industrie und Handel sind, bildet daher die Frage nach Erlangung entsprechender Kapitalien, um dem Kapitalbedarf der Industrie und der durch den Krieg heimgekehrten Landwirtschaft entgegen zu kommen. Das Anlagekapital der polnischen Nationalbank, die als Hauptkreditgeber für die Wirtschaft in Betracht kommt, ist im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes viel zu gering. Die Anleihen, die von Fall zu Fall aufgenommen werden, sind in der Regel teuer und auf kurze Frist bestimmt. Was den polnischen Banken vortut, sind langfristige Kredite, um die unbedingt notwendige Kapitalerhöhung und Stärkung der eigenen Reserven durchzuführen zu können. Da genügende und entsprechende Kapitalien im Inlande nicht aufgebracht werden können, ist die Rückkehr zur alten Orientierung, insbesondere ein festerer finanzieller Zusammenhang mit dem Wiener Platz, der vor dem Kriege der Hauptkreditgeber für den größten Teil des heutigen Polen war, unbedingt erforderlich.

Es ist zu hoffen, daß die Maßnahmen der jetzigen Regierung die Stabilisierung des Klotz endlich herbeiführen und somit die Erlangung ausländischer Kredite für die Banken ermöglichen werden.

Danzigs Ein- und Ausfuhr.

In der dritten Matabelade, vom 21. bis 31. Mai, erreichte die Danziger Ausfuhr einen Rekord gegenüber den früheren Jahren, indem die Gesamtausfuhr diesmal 1 117 205 Doppelzentner betrug, wovon 7780 Doppelzentner auf dem Landwege ausgeführt wurden. Die größte Ziffer, 627 020 Doppelzentner, fällt auch diesmal auf Kohle. Dann kommt Holz mit 283 333, Getreide mit 66 725, Erdböle mit 63 010, Zuder mit 31 990, Zement mit 16 340 Doppelzentner usw.

Eingeführt wurden im selben Zeitabschnitt insgesamt 53 941, wovon 3150 Doppelzentner auf dem Landwege bewältigt wurden. Die größte Ziffer, 29 400 Doppelzentner, fällt hier auf Eisenerz, dann Ferkelle mit 8900, Zement mit 3000, Mele mit 2878 Doppelzentner usw.

Prof. Kemmerers Aufgabe in Polen.

Großes Aufsehen hat in polnischen Volkswirtschaftskreisen die nunmehr amtlich bekräftigte Nachricht hervorgerufen, daß der amerikanische Finanzfachverständige Kemmerer Ende dieses Monats wieder in Warschau eintrifft und zwar nicht allein, sondern mit einer Anzahl von Sachverständigen aus dem Gebiete des Bank-, Kassen- und Staatsfinanzwesens. Wie es heißt, will die jetzige polnische Regierung bei der Revision des Finanzwesens gründliche Arbeit leisten. Kemmerer soll in allen Zweigen die Finanzmaßnahmen des Staates einer Prüfung unterziehen und auf Grund seiner früheren Untersuchungen und jetzigen Erfahrungen nicht nur ein Gutachten abgeben, sondern auch positive Organisationsarbeit leisten.

Der Reichsbankdiskont herabgesetzt.

Die deutsche Reichsbank hat den Bankdiskont von 7 auf 6½ Prozent und den Lombardzinsfuß von 8 auf 7½ Prozent herabgesetzt. In der gestrigen Zentralbankversammlung der Reichsbank vertrat der Reichsbankpräsident Dr. Schacht zur Begründung der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 7 auf 6½ Prozent und des Lombardzinsfußes von 8 auf 7½ Prozent die Lage der Reichsbank von Ende März, den Zeitpunkt der letzten Diskontherabsetzung, mit derjenigen von Ende Mai. Er stellte dabei fest, daß sich die Finanzsprünge der Reichsbank in der Zwischenzeit nicht unwesentlich verändert habe. Die Bestände der Bank an Wechseln, Schecks und Lombardforderungen betragen Ende März einschließlich der reiskontierten Summen 1 707 000 000. Ende Mai 1 369 000 000, also 338 000 000 weniger. Diese Entlastung entfällt ganz überwiegend auf die Inlandskreditgewährung der Bank. Die Zinsätze für tägliche Geld und Monatsgeld, für Privatdiskonten und bankmäßige Warenwechsel waren gleichfalls zurückgegangen. Wenn auch die Momente, die zur Flüssigkeit beitragen, zum Teil vorübergehender Natur waren, so könne sich doch die Reichsbank der Zinsbildung am freien Markt nicht entziehen. Man müsse über dies verfügen, der Wirtschaft alle Vorteile einer Ermäßigung ihrer Diskontsätze zuzulassen, allerdings lasse die labile Geldmarkt- und Wirtschaftslage ein nur vorsichtiges Vorgehen angezeigt erscheinen. Man gehe deshalb nur um ½ Prozent herunter und mache eine weitere Ermäßigung abhängig von der Entwicklung der nächsten Wochen.

Französisch-belgische Maßnahmen zum Schutze der Frankenwährung.

Wandervelle und Theunis hatten gestern vormittag mit Briand und Loucheur eine Unterredung, die sich auf Maßnahmen zum Schutze der nationalen Währungen bezog. Es wurde Uebereinkommen hinsichtlich einer gemeinsamen Aktion Belgiens, Frankreichs und gegebenenfalls auch Italiens zum Schutze der Wechselkurse erzielt. Wie Wandervelle erklärte, wird sich Theunis heute nach Paris begeben, um sich sofort mit den zuständigen Dienststellen des französischen Finanzministeriums in Verbindung zu setzen.

Die tschechoslowakischen Agrarzölle.

Im Budgetausschuß des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses wurde gestern der auch von dem Bund der Landwirte und den deutschen Christlichsozialen unterstützte Initiativantrag der tschechischen bürgerlichen Parteien, der feste Zölle für landwirtschaftliche Produkte einführt, nach mehrstündiger Diskussion der Sozialdemokratischen Parteien in der Teilberatungen angenommen. Der Antrag gelangt in der heutigen Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses als erster Punkt der Tagesordnung zur Beratung und wird wohl auch angenommen werden.

Herabsetzung der Eisenpreise.

Die schlechten Produktions- und Absatzverhältnisse in der polnischen Eisenindustrie nehmen die Aufmerksamkeit des polnischen Eisenindustrials voll auf sich. Am 1. Juni hat in Katowitz auf Initiative des allpolnischen Eisenindustrials eine Tagung der westpolnischen Industrierverbände stattgefunden, in der folgende Forderungen erhoben wurden: Herabsetzung der Eisenpreise mit Rücksicht auf die andauernd schwere Lage der Eisenindustrien, Vollrückzahlung für verarbeitetes und vom Ausland wieder in Form von Maschinen oder anderer Artikel rückexportiertes Eisen. Eine Vereinfachung in der Festsetzung des Rabatts, in den Preisen für die Industrie; Festsetzung günstiger Zahlungsbedingungen. Das polnische Eisenindustrialschicht will zu diesen Forderungen in einer seiner nächsten Sitzungen Stellung nehmen.

Danziger Sparkassen-Actien-Verein

Milchkannengasse 33/34

Gegründet 1821

Bestmögliche Verzinsung von Gulden, Reichsmark, Dollar, Pfund

21889

Zuereinfuhr nach Estland. Die Zudereinfuhr nach Estland hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Sie betrug 1923 13 697 Tonnen, 1924 15 898 Tonnen und 1925 18 341 Tonnen. Die Einfuhr im vorigen Jahr erreichte dem Werte nach 528 Millionen Estl. Zuder wurde hauptsächlich aus Deutschland eingeführt, dessen Anteil an der Gesamtzudereinfuhr wie folgt angeführt wird: 1923 45,9 Prozent, 1924 67,7 Prozent 1925 50,8 Prozent. Die Einfuhr aus Danzig, England und Belgien ist fast zurückgegangen.

Polen in Danzigs Hafen.

Der „N. B.“ wird vom polnischen Handels- und Industrieministerium eine statistische Aufstellung des polnischen Exportes über den Hafen von Danzig mitgeteilt, die bekräftigt, daß der Hafen von Danzig sich immer mehr zu einem Welthafen gestaltet. Es wird in der Aufstellung darauf hingewiesen, daß, während im Jahre 1923 über den Hafen von Danzig 20 271 Tonnen Kohle und 83 027 Tonnen Getreide, im Jahre 1924 40 812 Tonnen Kohle und 171 764 Tonnen Getreide, im Jahre 1925 118 008 Tonnen Kohle und 187 804 Tonnen Getreide ausgeführt wurden, das erste Quartal 1926 bereits eine Ausfuhr von 508 088 Tonnen Kohle und 70 790 Tonnen Getreide, und der Monat April 1926 eine Ausfuhr von 215 759 Tonnen Kohle und 21 808 Tonnen Getreide aufweist, was eine Jahresleistung von rund 2½ Millionen Tonnen Kohle und 255 672 Tonnen Getreide ergibt. Die Verwendung der erhaltenden Anteile in Höhe von 8 Millionen Gulden zum Ausbau der Hafenanlagen hätten die Exportfähigkeit des Hafens bereits verbessert und ihn einem modernen europäischen Hafen viel näher gebracht. Die Steigerung des polnischen Kohlenexportes behält die Erhebung neuer Absatzgebiete, was neben dem Hafen von Danzig auch noch die Ausfuhr über Gdingen ermöglicht habe, die im Mai 1926 bereits die Höhe von 87 500 Tonnen erreicht habe.

Danziger Schlacht- und Viehmarkt.

Die amtliche Notierung vom 8. Juni lautet für 50 Kilogr. Lebendgewicht in Danziger Gulden: Ochsen: Fleischige, jüngere und ältere 32-36, mäßig genährte 35-38, fleischige jüngere und ältere 28-34, mäßig genährte 16-22. Ferkeln und Kühe: Fleischige Ferkeln und Kühe 29-34, mäßig genährte Kühe 15-20, Jungvieh einschl. Kresser 18-23. Kälber: Feinste Mastkälber 58-62, gute Mastkälber 47-52, gute Saugkälber 22-30. Schafe: Mastlamm und jüngere Mastlamm 26-28, fleischige Schafe und Hammel 19-23, mäßig genährte Schafe und Hammel 12-16. Schweine: Fetttschweine über 150 Kilogr. Lebendgewicht 64-67, vollfleischige über 100 Kilogr. Lebendgewicht 62-65, fleischige von 75-100 Kilogr. Lebendgewicht 60-62. Schweine unter 75 Kilogr. Lebendgewicht 56-60. Auftrieb vom 1. bis 7. Juni: Rinder 224, davon Ochsen 42, Bullen 76, Kühe 106; Kälber 214; Schafe 257; Schweine 1086. Marktverkauf: Rinder, Kälber und Schafe geräumt, Schweine lebhaft.

Die notierten Preise sind Schlachtoppreise. Sie enthalten sämtliche Unkosten des Handels einschl. Gewichtsverluste. Die Stallpreise verringern sich entsprechend.

Verkehr im Hafen.

Eingang. Am 8. Juni: Deutscher D. „Stadt Stolp“ (147) von Königsberg, leer für Gamswindt, Kaiserhafen; deutscher Schl. „Stier“ mit Zantl. „5“ (651) von Rouen, leer für Norddeutscher Lloyd, Mühlenschanze; deutscher D. „Bussard“ (568) von Bremen mit Tabak für Norddeutscher Lloyd, Hafenkanal; holländischer D. „Boomer“ (1034) von Westla mit Erz für Behnte & Sieg, Freiberg; deutscher D. „Ferdinand“ (340) von Hamburg mit Gütern für Prome, Hafenkanal; deutscher D. „August“ (208) von Hamburg mit Gütern für Prome, Hafenkanal; schwedischer D. „Bris“ (1159) von Göttingen, leer für Behnte & Sieg, Weichselmünde; lettischer D. „Mary“ (766) von Usterpen, leer für Behnte & Sieg, Westerplatte; schwedischer D. „Hermia“ (732) von Hull, leer für Behnte & Sieg, Westerplatte; deutscher D. „Grate“ (336) von Hamburg mit Gütern für Behnte & Sieg, Uferbahn; englischer D. „Koskino“ (1465) von Hull mit Passagieren u. Gütern für Etermann Wilson, Uferbahn; norwegischer D. „Sindbad“ (625) von Haugesund, leer für Behnte & Sieg, Weichselmünde, lettischer D. „Maba“ (864) von Hull, leer für Bergensle, Kaiserhafen; holländischer M.-S. „Surate“ von Stockholm mit Steinen für Bergensle, Uferbahn; englischer D. „Smokast“ (1534) von London mit Passagieren u. Gütern für Etermann Wilson, Uferbahn; schwedischer D. „Ramelia“ (857) von Göttingen, leer für Behnte & Sieg, Holmsjö; deutscher M.-S. „Närgen Döge“ (64) von Usterpen, leer für Bergensle, Danzig; deutscher D. „Venetia“ (607) von Memel, leer für Thor Hals, Holmsjö; deutscher D. „Scharhorn“ (115) von Rasthof, leer für Behnte & Sieg, Danzig; deutscher D. „Neolus“ (356) von Hamburg mit Gütern für Behnte & Sieg, Uferbahn; deutscher D. „S. W. Fischer“ (601) von Swansea, leer für Lenzat, Danzig.

Ausgang. Am 8. Juni: Deutscher D. „Hilde“ (851) nach Rotta mit Kohlen; deutscher D. „Starnsee“ (719) nach Gdingen, leer; deutscher D. „Victoria Rühle“ (202) nach Rüge mit Holz; deutscher S. „Willy“ (19) nach Stockholm mit Spirit; deutscher D. „Mennarber“ (335) nach Wö mit Gütern; deutscher D. „Pohjeff“ (1348) nach Lübeck mit Kohlen; holländischer D. „Hoogland“ (788) nach Stockholm mit Kohlen; deutscher D. „Pollux“ (1958) nach Wö; leer; schwedischer D. „Ara“ (1089) nach Göttingen mit Kohlen; dänischer M.-S. „Fulton“ (80) nach Beyle mit Getreide; deutscher M.-S. „Stern“ (54) nach Rosens mit Getreide, deutscher D. „Ferdinand“ (430) nach Königsberg mit Gütern; dänischer D. „London“ (730) nach Rostock mit Kohlen; dänischer D. „Victoria“ (1160) nach Kopenhagen mit Kohlen; deutscher D. „Normal“ (182) nach Helsingfors mit Getreide; deutscher D. „Edvard Hauhu“ (435) nach Rotterdam mit Holz; deutscher D. „Arfona“ (305) nach Memel mit Gütern; dänischer D. „Holland“ (720) nach Dornborg, leer.

Prämierung des litauischen Butterexportes. Seit Verordnung des litauischen Finanzministers werden beim Butterexport aus Litauen Prämien eingeführt. Die Prämie wird vom litauischen Handelsdepartement durch Vermittlung der Molkereigenossenschaften an den Erzeuger gezahlt und darf höchstens 30 Cent pro Kilogramm betragen. Die Prämie wird nur für allerfeinste Butter Ia Qualität auf Grund der Analyse des staatlichen Laboratoriums und der Bescheinigung der Auslandsfirma, an die die Butter geliefert wurde, gewährt.

Amthliche Börzen-Notierungen.

Danzig, 8. 6. 26

1 Reichsmark 1,23 Danziger Gulden
1 Klotz 0,50 Danziger Gulden
1 Dollar 5,19 Danziger Gulden
Scheck London 25,20 Danziger Gulden

Danziger Produktbörse vom 4. Juni 1926. (Amthlich.) Weizen 13,75-14,00 G., Roggen 9,25-9,30 G., Futtergerste 8,50-8,75 G., Gerste 8,75-9,25 G., Hafer 9,50-10,00 G., Hafer gelber 9,50-9,75 G., fl. Erbsen 10,00-12,50 G., Biskoriaerbsen 16,00-20,00 G., Roggenkleie 6,60-6,75 G., Weizenkleie, grobe 6,50-6,60 G. (Großhandelspreise für 50 Kilogramm waggonfrei Danzig.)

Das Gold im Meerwasser.

Auf der diesjährigen Tagung des Vereins deutscher Chemiker in Kiel sprach Professor Haber über „Das Gold im Meerwasser“. Seit über 50 Jahren, bis in die neueste Zeit, tauchen immer wieder Nachrichten in Zeitschriften auf, wonach Verfahren patentiert sind, das im Meerwasser gelöste Gold zu gewinnen, und wonach im Kubikmeter Wasser 5 bis 10 Milligramm, ja nach manchen Angaben sogar 30 Milligramm Gold enthalten sind. Würde der Goldgehalt auch nur ganz wenige Milligramm betragen, so würde die Ausrichtung eigener Schiffe für diese Goldgewinnung lohnen, und deshalb wurde mit Hilfe der Hamburg-Amerika-Linie ein besonderes Schiff als schwimmendes Laboratorium ausgestattet, mit dem Haber analysierend den Atlantischen Ozean nach allen Richtungen durchfuhr. Das Resultat seiner sehr sorgfältigen Untersuchungen war recht überraschend: das Wasser enthielt im Kubikmeter nur ein Tausendstel bis ein Hundertstel Milligramm Gold.

Trotz der Sorgfalt seiner Untersuchungen war Haber angesichts der vielen früheren Angaben über den Goldgehalt seinen eigenen Resultaten gegenüber zunächst misstrauisch und besorgte sich nunmehr unter Mithilfe des deutschen Forschungsschiffes „Meteor“ und der dänischen Forschungsschiffe „Dana“ und „Gothaab“ weit über 5000 Wasserproben aus den verschiedensten Weltmeeren und den verschiedensten Gegenden. Aber das Resultat war immer das gleiche. Nur im Wasser des Polarmeer wurde etwas mehr Gold gefunden, und in einer Probe geschmolzenen Polareisess sogar einmal erheblich mehr. Den Grund für diese Ergebnisse sieht Haber darin, daß Gold im Meerwasser überhaupt nicht in gelöstem Zustand vorkommt, sondern die geringen gefundenen Goldspuren schreibt er den mineralischen, pflanzlichen und tierischen Trüben des Wassers zu, die im Polarmeer und Polareis erheblich stärker sind als andernwärts. Natürlich hält er es nicht für ausgeschlossen, daß vielleicht an irgendeiner Stelle im Weltmeer sich eine örtliche Anhäufung von goldführenden Trüben finden könnte, die auch sogar das Auscheiden des Goldes lohnen würde, aber für seine Person zieht er wirklich den Schluß: „Ich habe es aufgegeben, nach dieser zweifelhaften Stecknadel in einem Heuhaufen, der wahrscheinlich leer ist, zu suchen.“

Wie aber sind die früheren Angaben zustande gekommen? Haber meint, daß die Gefahr weit unterschätzt und sogar nicht genügend beachtet wurde, daß durch die Untersuchungsmethoden selbst meßbare Mengen von Gold in das zu analysierende Wasser hineingetragen worden sind, wie es erst in allerletzter Zeit bei dem sogenannten künstlichen Gold aus Quecksilber offensichtlich der Fall gewesen sei.

geteilt, mit ihrem Gatten zu sprechen, worauf sie mir schrieb, ich möchte nach Raabs kommen, da ihr Mann am 2. im Walde auf der Jagd sei. Sie werde mich an diesem Tage erwarten und mir den Ort, wo sich der Baron befindet, zeigen. Ich traf am 2. dort ein. Die Baronin erwartete mich auch, ich suchte den Baron Klinger im Walde auf, um mit ihm die Angelegenheit der Ehescheidung seiner Frau in Gang zu bringen. Der Baron erwiderte, hier sei nicht der geeignete Ort, um darüber zu verhandeln, ich solle ihn ins Schloß folgen. Wir gingen beide zusammen den Weg zum Schloß; der Baron begann mir Vorwürfe zu machen, daß ich ihm seine Gattin abspenstig gemacht habe. Schließlich beschimpfte er mich und erhob solche Beschuldigungen gegen mich, die ein Mann von Ehren nicht auf sich sitzen

lassen darf. Er hielt mir auch vor, daß ich wehrlos war. Ich erwiderte, er möge sich in acht nehmen.

Ich könne mir derartige Beschimpfungen nicht bieten lassen.

Der Baron machte eine blühartige Bewegung gegen mich, als ob er mich angreifen wollte. Ich hob nun lediglich zur Abwehr meine Pistole und feuerte einen Schuß ab, ohne zu zielen. Der Baron gab ebenfalls aus seinem Gewehr einen Schuß ab, der mich schwer verletzte. Da ich weiteren Angriff fürchtete und meine Pistole nicht mehr als geeigneten Schutz betrachtete, wandte ich mich fliehend dem Walde zu, um so meinen Wagen wieder zu erreichen. Es ist vollkommen unrichtig, wenn die Gerüchte des Barons behaupten, ich hätte ihn von rückwärts angeschossen.“



700-Jahresfeier in Lübeck.

Die Fünfte im Festzuge mit Nachbildungen berühmter Lübecker Gebäude.

Das Hochwasser in Deutschland.

Große Ausdehnung in Schwaben und Schlesien. — Keine Gefahr in Sachsen.

Die Donau hat in Donauwörth Montag den gefährlichen Stand von über 4 Meter erreicht. Bei Donau-Münster wurde der Donaustamm abgerissen, und die Flüsse ergossen sich in die Ebene. Die ganze Heu- und Getreideernte ist zerstört worden. Gebäude wurden vernichtet, zahlreiches Vieh und Wild ist ertrunken. Weitere Einbruchsstellen bei Donauwörth konnten durch Rettungsmannschaften gehalten werden. Die ganze Gegend zwischen der Stadt Dillingen und der Donau ist wie ein großer See. Auch an der Mündung des Zusam brachen die Dämme. Zahlreiche Gehöfte stehen unter Wasser. Es wurden viele Brücken fortgerissen, und die Straßen wurden unterwühlt. Im Gebirge sind einige von Personen ertrunken oder von den Sturzfluten fortgespült worden. Ueberall sind die Kartoffel- und Getreidefelder schwer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die katastrophale Auswirkung des Donauhochwassers reicht nunmehr bis nach Ingolstadt. Der Scheitel der Donauhauptquelle hat Montag nachmittag mit einem bisher noch nie beobachteten Höchststand von 38 Zentimeter, d. h. 22 Zentimeter über dem Hochwasser vom Juni-August 1924 Donauwörth durchlaufen. Die Flut behielt den gestrigen nachmittag erreichten Höchststand von 265 Zentimeter bis in die Nacht hinein. Trotz eines leichten Rückganges des Hochwassers am gestrigen Vormittag kann die Gefahr noch nicht als beseitigt angesehen werden, da gestern neue Niederschläge eingestiegen haben.

Trotzdem der Wasserstand der Leipziger Flußläufe eineinhalb Meter über normal gestiegen ist und sich zeitweilig der Gefahrenmarke A des Hochwasserdienstes nähert, besteht für Leipzig keine unmittelbare Hochwassergefahr. Doch haben die schweren Gewitter, die am Montagnachmittag über Berlin, Spandau, Brandenburg und in der Gegend des Kraftwerkes Jochwitz niedergingen, Störungen in dem mitteldeutschen 100 000-Volt-Netz verursacht, die in Leipzig eine Unterbrechung der Stromlieferungen von dem genannten Wert zur Folge hatten.

Die anhaltenden Regenfälle der letzten Woche haben in Verbindung mit den an verschiedenen Orten niedergegangenen Vorkerschneen den Flüssen und Bächen Schlesiens so reiche Wassermengen zugeführt, daß allenthalben ein gefährliches Hochwasser eingetreten ist. In Jüdisberg hat das Hochwasser auch ein Menschenopfer gefordert. Als der Malermeister Lehner auf dem Wege zur Arbeitsstelle einen zwei Meter breiten Graben überspringen wollte, fiel er hinein und wurde dem angeschwollenen Dneis zugeführt, wo er den Tod in den Wellen fand. Auf dem Fluße Jader in der Nähe von Hirschberg unternahm der Lehrer Volkmann, eine Dame und ein weiterer Herr eine Kahnfahrt. Sie gerieten in einen Strudel, der sich durch das Hochwasser

gebildet hatte und führten in den Fluß. Der andere Herr, der in dem Kahn war, sprang ihnen zur Rettung nach. Dabei fand er den Tod in den Wellen, während sich die beiden Verunglückten durch Schwimmen retten konnten.

Schwere Gewitter gingen Dienstag nachmittag über die Stadt und den Landkreis Lüneburg nieder. Ein Blitz schlug in Cehem in das mit Stroh bedeckte Haus des Landwirts Heinrich Rad ein, das bis auf die Grundmauern niederbrannte. Der Hausrat konnte gerettet werden. Die Familie Rad ist besonders schwer getroffen, da erst gestern das 11jährige Töchterchen an den Folgen einer Operation gestorben ist. Ein zweiter Blitz traf das mit Stroh bedeckte Haus des Rätters Kruse in Neese. Auch hier wurde das Inventar gerettet, während das Wohnhaus niederbrannte.

Frau Ludendorff läßt sich scheiden.

Ludendorff schlechter Laune.

In hartnäckiger Weise ist bis vor wenigen Tagen die Fatale von dem in Gang befindlichen Ehescheidungsprozeß des Generals Ludendorff verschwiegen, und auch jetzt noch hüllen sich die Parteien darüber in größtes Stillschweigen. Ludendorff sieht auf folgendem Standpunkt: „Die Presse geht das gar nichts an.“ Auch von anderer Seite Ludendorff nahestehender Seite, wird mitgeteilt, daß die Erzählung sich zur Zeit in einem überaus hysterischen Zustand befindet und die Umwelt augenblicklich ausnahmsweise mit — grauer Bille zu betrachten scheint.

Der Antrag zur Ehescheidung ist von Frau Ludendorff gestellt worden. Frau Ludendorff ist bekanntlich eine geborene Polke, ein Mitglied der bekannten Berliner Milchfamilie. In erster Ehe war sie verheiratet mit einem Offizier Fernet. Aus dieser Ehe stammen zwei Söhne. Der ältere ist im Weltkrieg gefallen und hinterließ einen achtjährigen Sohn, der öfters bei Ludendorff weilte. Der zweite Sohn ist der aus dem Hitler-Fußsch befanntgewordene Leutnant und jetzige Bankbeamte Fernet, der damals zu einem Jahr Festungshaft verurteilt wurde. Er war im Hitler-Fußsch der Adjutant Ludendorffs.

Frau Ludendorff hat den Antrag auf Ehescheidung angehtlich gestellt.

weil Ludendorff sie insoweit Ueberlastung mit politischen und anderen Geschäften schlecht behandelte.

Der zweite Termin, der am Freitag stattfinden sollte, wurde aus technischen Gründen auf Dienstag, den 8. Juni, verlegt, und zwar wird er nicht in dem für diese Handlungen sonst üblichen Parkterraum, sondern in einem Saale des ersten Stockes stattfinden. Die Öffentlichkeit ist, wie in allen diesen Fällen, ausgeschlossen.

Frau Ludendorff ist, wie mitgeteilt wird, sehr leidend und hat sich gestern in ein Sanatorium begeben.



Ein neuer Zaler.

Der Jubiläums-Zaler der Stadt Lübeck, welcher anlässlich der 700-Jahr-Feier ausgegeben wurde und im ganzen Deutschen Reich seine Gültigkeit hat.

Der Mörder von Raabs.

Der Mordanschlag planmäßig vorbereitet. — Orlow ein geldgieriger Abenteurer.

Zu dem blutigen Verbrechen auf Schloß Raabs wird berichtet, daß der russische Prinz Orlow den Anschlag planmäßig vorbereitet habe. Aus Briefen, welche die Wiener Polizei in seiner Wohnung beschlagnahmt habe, gehe hervor, daß Orlow schon seit längerer Zeit den Plan hatte, Baron Klinger aus dem Wege zu räumen; seine Frau habe Selbstmord verübt, weil sie fürchtete, verhaftet zu werden.

Baron Hugo Klinger, der schwer verletzt im Spital liegt, schildert die Auseinandersetzung mit dem russischen Fürsten folgendermaßen: „Ich war auf der Jagd, als ich plötzlich bemerkte, daß sich ein junger Mann mir näherte. Ich erkannte trotz der Dunkelheit Orlow und war über die Begegnung nicht sehr erfreut. Die ganze Unterredung zwischen mir und Orlow dauerte nur kurze Zeit. Er schlug die Anstrengung von äußerst delikaten Familienangelegenheiten vor, was ich ablehnte. Ich erklärte vielmehr,

daß es das Beste sei, wenn er sofort wieder verschwinde.

Wir gingen auf einem engen Sandpfad. Ich schritt voraus, er mir nach. Ich hielt Orlow seine Handlungsweise vor, worauf er mir erwiderte, er lasse sich dies nicht gefallen. Nun wiederholte ich, wofür ich ihn halte, worauf er sagte: Nehmen Sie das sofort zurück oder... Ich wandte mich um und sah, daß er eine Pistole in der Hand hatte. Gleichzeitig fühlte ich einen heftigen Schlag. Orlow erhob das zweitemal seine Pistole, worauf ich mein Gewehr blitzschnell zur Schulter hob und abfeuerte.

Orlow selbst erzählte einem Berichterstatter:

Der Baron sagte mir meine Liebe zu seiner Frau, und die Liebe wurde auch erwidert.

In Eiderneben allen drei Beteiligten sollte die Scheidung durchgeführt werden. Als Baron Klinger seine Zustimmung aber rückgängig machte, suchte ich Orlow an und wollte eine Aussprache. Sie wurde sehr heftig. Klinger beleidigte und beschimpfte Orlow, der ihn antwortete, sich in acht zu nehmen. Orlow behauptete, wie an einem Wort oder an eine Verlesung gedacht zu haben. Prinz Orlow erzählt weiter: Der Baron war über die Natur meiner Verhältnisse zu seiner Gattin vollkommen unterrichtet. Ich hatte Frau Klinger telefonisch meine vergeblichen Bemühungen mit-



Soldaten in Spanien. Eine spanische Militärexpedition, die angeblich in Spanien-Guinea Grenzverletzungen vornimmt, berichtet, daß zahlreiche Herden von ungeheuren Gorillas einen dauernden Schaden für die Eingeborenen bilden.

Ankauf des Columbus-Archivs durch Spanien. Die Regierung beschloß, das im Besitz des Herzogs von Ferraguna befindliche Columbus-Archiv, das aus neunzig Dokumenten besteht, zum Preise von 1 250 000 Peseten für den Staat anzukaufen.

Danziger Nachrichten

Der Kampf um die Arbeiterrechte.

Die neuen Vorkämpfer der Arbeitgeber.

Immer mehr machen sich die Arbeitgeber bemerkbar, um die Arbeitsbedingungen und Arbeiterrechte der Arbeiter zu schmälern, sei es durch Senkung der Löhne und Gehälter, durch Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der sozialen Fürsorge, Aufhebung der Demobilisierungsbefreiungen usw. Ein systematisches Vorgehen von den verschiedensten Organisationen zeigt sich überall, von der Handelskammer und dem von ihr organisierten Notbund angefangen bis hinunter zu dem kleinsten Arbeitgeberorganisationen.

In letzter Zeit regt sich auch wieder der Gastwirtsverband an, dem die Verpflichtung der Arbeitgeber im Gastwirtsberuf, die von ihnen benötigten Kräfte durch den Facharbeitsnachweis des Arbeitsamtes zuweisen lassen zu müssen, seit langem ein Dorn im Auge ist. Mehrmals haben die Gastwirte einen diesbezüglichen Vorstoß beim Senat oder beim Volkstag unternommen, haben aber bis jetzt nicht durchbringen können. Der Gastwirtsverband legt sich nunmehr darauf, in Permanenz dem Volkstag und dem Senat mit dieser Frage zu unterhalten. Ist eine Eingabe abgelehnt, dann bringt man sofort wieder eine neue Eingabe gleichen Inhalts ein und die beiden Vertreter der Gastwirte im Volkstage, der Zentrumsabg. Klawitter und der deutschnationale Abg. Böcker sorgen schon dafür, daß diese Angelegenheit viel Staub aufwirbelt.

Der Eingabenausschuß des Volkstages befaßte sich am Montag wieder mit einer Eingabe des Gastwirtsverbandes, die Stellenvermittlung des Facharbeitsnachweises des Arbeitsamtes für das Gastwirtsberuf aufzuheben. Werdeht dabei nicht an die Entstehung dieser Mitte 1919 vom damaligen Regierungspräsidenten Fritter erlassenen Verordnung. Die Arbeitnehmer im Gastwirtsberuf waren damals in die Hand streuploher privater Stellenvermittler gegeben, die unverschämte Summen für eine Vermittlung verlangten, so daß der Arbeitnehmer dauernd Schuldschläge dieser Stellenvermittler war und infolge der hohen Gebühr sich hüte, einmal nachgeleitete Beschäftigung aufzugeben, auch wenn der Arbeitgeber sonst welche Anforderungen an ihm stellte.

Audem kommt jetzt hinzu, daß der Standpunkt der Danziger Arbeitgeber auf der ganzen Linie der ist, die polnischen Arbeiter, die billig und willig sind, heranzuziehen und die Danziger Staatsbürger arbeitslos auf der Straße zu lassen. Mit dem Munde wird dann das Deutschstum nach allen Ecken gepriesen. So machen es die deutschnationalen Agrarier, so machen es die deutschnationalen Reeder, so machen es auch die echt teutschen Gastwirte. Geschäft ist Geschäft, da spielt der Patriotismus keine Rolle.

Im Eingabenausschuß argumentierte der Zentrumsabg. Klawitter mit der Behauptung, es könnte nicht einmal der Gastwirt seine nahen Verwandten ausfindig machen, wenn er sich nicht der Gefahr der Bestrafung aussetzen will. Ferner wurde die Behauptung aufgestellt, daß es dem Gastwirt nicht möglich sei, Personen einzustellen, die ihm als tüchtig bekannt sind. Beide Behauptungen sind unrichtig und zeigen, mit welchen Argumentationen die Arbeitgeber im Gastwirtsberuf vorgehen. Das Arbeitsamt hat bisher stets die Wünsche der Arbeitgeber im Gastwirtsberuf berücksichtigt und verlangt Arbeitnehmer zugewiesen. Nur mußten sich diese beim Facharbeitsnachweis melden. Eine Beschäftigung der Arbeitnehmer ist es aber, wenn der deutschnationale Gastwirt Böcker behauptet, daß durch den Facharbeitsnachweis keine brauchbaren und tüchtigen Kräfte zu erhalten sind. Es sind in Danzig genügend tüchtige, zuverlässige und befähigte Arbeitskräfte im Gastwirtsberuf vorhanden, die auch den Ansprüchen des internationalen Danzig gerecht werden. Die Danziger Staatsangehörigen in diesem Beruf besitzen genügend Sprachkenntnis und sind fachtechnisch vorgebildet, so daß die Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften durchaus nicht notwendig erscheint. Man will nur dadurch die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Auf der anderen Seite aber steht es fest, daß die Arbeitgeber im Gastwirtsberuf am wenigsten fachtechnisch vorgebildet sind, da sie sich aus Angehörigen aller Berufe zusammensetzen, die im Gastwirtsberuf einen besseren Verdienst erhoffen und auch erzielen. Diese Binsenwahrheiten wurden den Herren vom Gastwirtsberuf vor Augen gehalten, und wie die geöffneten Mäuler der Vertreter im Ausschuß diese Wahrheiten über sich ergehen ließen. Sie wurden auch darauf hingewiesen, wie z. B. Beamte auf Wartegeld oder pensionierte Beamte mit guten Zeugnissen im Gastwirtsberuf ohne Fachkenntnis aufgenommen wurden und die Fachkräfte arbeitslos machen.

Von Seiten der sozialdemokratischen Vertreter wurde erklärt, daß an eine Beseitigung dieser Verordnung nicht zu denken sei, daß vielmehr in kürzester Frist Maßnahmen zu einer allgemeinen Arbeitsermittlung getroffen werden müßten, wenn nicht das Wirtschaftsleben Danzigs vollständig zu Bruch gehen soll. Während in Danzig ca. 10000 polnische Landarbeiter beschäftigt werden, sind 3000 Danziger Landarbeiter arbeitslos. Der Vertreter des Senats, Baurat Dr. Schulze, behauptete zwar, daß in Danzig arbeitslose Landarbeiter vorhanden sind, keine ausländischen Saisonarbeiter zugelassen werden, doch verfiel er mit dieser Behauptung dem Spott des Ausschusses. Die Beratung dieser Frage wurde schließlich auf Antrag des Abg. Klawitter vertagt, damit noch eine Klärung unter den Parteien herbeigeführt wird.

Englischer Industriebesuch in Danzig.

M. Charles H. Lufe vom Times Trade and Engineering Supplement Printing House Square-London kommt am 8. oder 9. Juni 1926 in Danzig nach Danzig und wird im Hotel Reichshof absteigen. M. Lufe hat den Wunsch, mit den Vertretern der verschiedenen Industrie- und Handelsunternehmen persönliche Fühlung zu nehmen, und möchte gern über die Frage der Entwicklung der Industrie und des Handels der Freien Stadt Danzig sprechen.

Er würde sich freuen, Gelegenheit zu finden, zu einer Begegnung mit den betreffenden Herren, die sowohl in seinem Hotel, als auch in den Büros der in Frage kommenden Firmen erfolgen könnte. M. Lufe hofft von den Herren, die an einer Aussprache Interesse haben, Antworten in seinem Hotel vorzufinden.

Die Erhöhung der Visagebühren für Reichsdeutsche.

Wie kam die Neuregelung zustande?

Die Erhöhung der Visagebühren für Reichsdeutsche hat in diesen Kreisen lebhaftes Befremden hervorgerufen. Ueber den Sachverhalt wird uns von der polnischen Presse noch geschrieben. Nach der neuen Regelung betragen die Gebühren für ein Visum für eine einmalige Ein- und Ausreise für einen Monat 10 Gulden, für ein Danerisum für drei Monate 20 Gulden, für ein Transitvisum für eine einmalige Durchreise 1 Gulden, für ein Transitvisum für eine einmalige Durchreise hin und zurück 10 Gulden. Obige Gebührensätze sind das Ergebnis eines Uebereinkommens zwischen der polnischen und deutschen Regierung. Die Festsetzung der Gebühr von 10 Gulden für das Ein- und Rückreisetransitvisum erfolgte auf Wunsch der deutschen Regierung. Die polnische Regierung hatte für das Rückreisetransitvisum den doppelten Satz der einfachen Gebühr, also 2 Gulden, vorgeschlagen und ist zur Einführung dieses Satzes im Falle der Zustimmung der deutschen Regierung überzeit bereit.

Vom deutschen Generalkonsul erfahren wir folgendes: Nach dem bisherigen Stande der deutsch-polnischen Vereinbarung über die Höhe der gegenseitigen Sichtvermerkgebühren ist in der Tat nur für einen einfachen Durchreisefahrtvermerk der Gebührensatz von 1 Gulden vorgesehen, dagegen für einen Durchreisefahrtvermerk, gültig auch für die Rückreise, ein Satz von 10 Gulden. Der bisherige ermäßigte Satz von 2 Gulden für diesen Sichtvermerk entsprach einer lokalen Vereinbarung der deutschen und polnischen zuständigen Stellen in Danzig. Die polnische Stelle kann diese Sondervereinbarung, wie sie mittelst, nicht mehr aufrechterhalten. Es sind deutscherseits bereits Schritte zu einer anderweitigen Regelung des Gebührensatzes für die Ein- und Rückreise durch polnisches Gebiet eingeleitet worden.

Schiffszusammenstöße im Danziger Hafen.

Der Unglückstag des „Helmo Helms“. — Eine Verhandlung vor dem Seemrat.

Vor dem Danziger Seemrat wurde über Zusammenstöße verhandelt, die der Hamburger Dampfer „Helmo Helms“ am 17. Dezember 1925 im Hafen von Neufahrwasser hatte. Der Dampfer „Helms“ sollte abends 7 Uhr, unter dem Befehl des Seelotten Todt, aus dem Kaiserkanal nach dem Freihafen gebracht werden. Der Kapitän Richter hatte zum Verhören den Schleppdampfer „Anna“ angenommen. „Helms“ fuhr mit eigener Dampfkraft, aber unter der Führung des Schleppdampfers. Auf der Fahrt bis Weichselmünde bemerkte man, daß der Dampfer „Helms“ schlecht steuerfähig war und nach Steuerbord ausscherte. Diese Widerwilligkeit zeigte er auch vor Weichselmünde, wobei er auf den Dampfer „Frida“ aufzufuhr, der dort lag. Kapitän Richterlein, der kommissarisch vernommen ist, sagte aus, daß es ihm

nicht mehr möglich war, den Zusammenstoß anzuhalten. Die Schuld liege am Versagen der Rudermaschine seines Dampfers. Die Zeugen vom Dampfer „Frida“ bezeugten, daß sie plötzlich bemerkten, wie „Helms“ auf ihren Dampfer losfuhr und sie ganz machtlos waren, gegen einen Zusammenstoß etwas zu unternehmen. Sie mußten einfach abwarten, wie glimpflich sie davon kommen würden. Es wurden dem überfallenen Dampfer Beulen in die Schiffsplanen beigebracht und auch sonst erlitt er Beschädigungen. Es liegt eine Rechnung über 21 400 Mark Reparaturkosten aus Stellen vor.

Nach diesem ersten Zusammenstoß wollte der Führer des Schleppdampfers die Verantwortung für das Weitererschleppen nicht mehr allein übernehmen und er verlangte einen zweiten Schleppdampfer. Als der Kapitän ihn ermächtigte, einen zweiten herbeizupolen, erklärte der Führer, daß dies zu dieser Zeit und sofort nicht möglich sei und gab seine Mitwirkung auf. Der Kapitän mit dem Votum beschloß nun, ohne Schlepperhilfe, mit eigener Kraft, weiter nach dem Freihafen zu fahren. Während dieser Weiterfahrt funktionierte das Steuer und „Helms“ kam bis an den Freihafen. Nach dem Einbiegen in den Freihafen aber lief „Helms“ auf den Dampfer „Camelia“, der etwas beschädigt wurde. „Helms“ ging nun mit voller Kraft rückwärts und lief nun an den hier liegenden Oberkahn „Johannes Jd“, dem einige Planen eingedrückt wurden. Am Dampfer „Camelia“ ist ein Schaden von 500 Gulden verursacht worden.

Die Familie auf dem Oberkahn verlebte angstvolle Minuten. Sie wurde aus dem Schlafe alarmiert, denn ihr Leben war in Gefahr.

Nach dem Gutachten des Staatskommissars, Fregattenkapitän Grapow, trifft die Schiffblettung und den Votum bezüglich des Zusammenstoßes mit dem Dampfer „Frida“ keine Schuld. Bei den übrigen Unfällen aber hätten diese vermieden werden können, wenn für die nötige Schlepperhilfe Sorge getragen worden wäre.

Der Spruch des Seemrats lautete: 1. Der Zusammenstoß des Dampfers „Helmo Helms“ mit dem Dampfer „Frida“ am 17. Dezember 1925 in der unteren Weichsel bei Weichselmünde ist verursacht durch Versagen der Rudermaschine des „Helms“ und Brechen der Sicherung des Schlepphafens des Schleppers „Anna“. Die Schiffsführung trifft keine Schuld. 2. Der Zusammenstoß des Dampfers „Helmo Helms“ mit dem Oberkahn „Johannes Jd“ am 17. Dezember 1925 im Freihafen Neufahrwasser ist verursacht durch das Versagen der Rudermaschine des „Helmo Helms“, das Versagen des Schleppers und das fahrlässige Weiterfahren. Der Kapitän hätte die Weiterfahrt von Weichselmünde bei der Dunkelheit und dem fahrlässigen Weiterfahren ohne Schlepperhilfe machen dürfen.

Eine Geschäftsgemeinschaft zur gegenseitigen Unterstützung hat sich anscheinend zwischen dem bisher als neutral geltenden „Danziger Heimabund“ und den Danziger neuesten Nachrichten“ herausgebildet. So wird unter dem Protektorat des Senators Dr. Strunt nicht viel weniger mitgeteilt, als daß Heimabund und „D. N.“ im Grunde genommen identisch seien. In einem längeren Artikel der Redaktion wird sogar behauptet, daß die Gemeinde der Volkstumsfreunde — soweit sie sich über den Kreis der Mitglieder des Heimabundes hinausgehe — sich auf die Lebenskraft der „D. N.“ beschränke. Beide Gruppen seien auf das engste verknüpft und verschmolzen. (Arme, Allgemeines, wo bleibt du da mit deiner kreidenhaften Art und Sittlichkeit?) Man wird sich diese Bekennnisse merken müssen für den Fall, daß der Heimabund später wieder Wert darauf legt, über den Kreis der Leser der „D. N.“ als Organisation gelten zu wollen. Was die Ueberbeherrschten des Fußballplatzes angeht, die Forderung des Deutschstums allein wieder nur für sich in Anspruch zu nehmen, so sei ihm verweigert: Hochmut soll ja wohl meist vor dem Fall kommen!

Die Weber-Gedächtnis-Aufführung. Unter musikalischer Leitung von Operndirektor Cornelius Ann findet am Sonntag, den 12. Juni, aus Anlaß des 100. Todestages von Carl Maria von Weber (5. Juni 1786) eine Aufführung der Weber-tomischen Oper „Die drei Hutos“, in der Bearbeitung von Gustav Klaber, statt. Mit der Ertauführung dieses Werkes in Danzig sowie mit derjenigen des kurze Zeit darauf im Spielplan erscheinenden Singspiels „Abu Hassan“ folgt das Stadttheater dem Beispiel einzelner größerer Bühnen, denen der besondere Anlaß der 100. Todestages des Dichters die Gelegenheit gibt, nach den wohlbekanntesten Meisterwerken auch einmal besten tomische Opernwerke zur öffentlichen Diskussion zu stellen. In den Hauptpartien sind beabsichtigt die Damen Kaufmann, Czich und Stöck, sowie die Herren Buick, Schueber, Wegmann, Ludewig und Schütz.

Die großen Modenschau im Ropovier Garten, die wegen ihrer besondern Beliebtheit eine künftige Veranstaltung der Ropovier Babeverwaltung geworden sind und jedesmal vor vielen tausend Zuschauern stattfinden, werden, wie im Vorjahre, auch diesmal an zwei Sonntagen der Saison abgehalten werden. Als Termine sind für die erste Modenschau Sonntag, der 27. Juni, für die zweite Modenschau Sonntag, der 22. August, vorgesehen. Die Vorbereitungen sind unter Beteiligung der namhaftesten Firmen der Modewelt bereits in vollem Gange.

Landesanschuß für Arbeiterwohlfahrt Danzig

Donnerstag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses Karpenfelde Nr. 26.

Verammlung der Wohlfahrts- und Waisenspieler

Tagesordnung: 1. Arbeiterwohlfahrt und Jugendgerichtshilfe. Ref.: Gen. Gebauer. 2. Unsere Arbeit in der Kultur- und Sportwoche. Wohlwollendes Erscheinen, auch der Arbeiter-Jugend, wird erwartet.

Landesanschuß der Arbeiterwohlfahrt.

Die große Erwerbslosigkeit bei den Angestellten.

Vorschläge zu ihrer Milderung.

Die Angestellten werden von der jetzigen Wirtschaftskrise am härtesten betroffen. Bei ihnen besteht in weit geringerem Maße die Möglichkeit, wieder untergebracht zu werden. So sind zahlreiche erwerbslose Angestellte männlichen Geschlechts zu verzeichnen, die ein bis zwei Jahre, ja sogar darüber hinaus erwerbslos sind. Einige erwerbslose Angestellte haben sich nun in einer Eingabe an den Volkstag gemeldet, in welcher sie fordern, daß von Entlassungen bei Behörden die kinderreichen Familienväter erst im letzten Stadium betroffen werden. Bei Behörden seien noch junge Mädchen beschäftigt, die nicht auf eigenen Erwerb angewiesen sind und die sich auch durch männliche Personen ersetzen lassen. Der Regierungsvertreter, Baurat Dr. Schulze, erklärte hierauf, daß dem Verlangen des Demobilisationskommissars auf Entlassung solcher weiblicher Angestellter Hindernisse im Wege kämen, die den beschäftigten weiblichen Angestellten ein Anrecht auf Weiterbeschäftigung gäben. Nach 10 Jahren Diensttätigkeit hätten dieselben auch Anspruch auf Ruhegehalt erworben und bei Erlass dieser weiblichen Angestellten würden dem Staate größere Ausgaben entstehen. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß noch Richter von höheren Beamten als Angestellte tätig sind wie z. B. im Volkstag die Tochter eines Studiendirektors. Der Senatsvertreter erklärte, daß hiergegen eingeschritten wird, wenn die notwendigen Angaben gemacht werden. Der Eingabenausschuß überwies diese Eingabe dem Senat zur Berücksichtigung.

Das lange Warten vor den Zivilgerichten.

Aus unserem Bezirkserkreise erhalten wir folgende Zuschrift:

Ein Uebelstand, den schon viele kennengelernt haben, und der schon manchem kostbare Zeit geraubt hat, ist die lange Wartezeit bei den Zivilgerichten. Man bekommt beispielsweise eine Vorladung für 9 Uhr und erscheint pünktlich. Nachdem Prozeß, die auf 9 Uhr angesetzt sind, angerufen worden sind, betritt man das Zimmer und wartet geduldig bis man herankommt. Es wird 10, es wird 11, es wird 12 Uhr, und man sitzt noch immer da und wartet. Aber es wird fortwährend verhandelt. Dabei macht man jedoch die Entdeckung, daß diejenigen Parteien, die einen Rechtsanwalt haben, immer gleich erledigt werden, unbekümmert dessen, ob sie zu 9 oder auch erst zu 11 Uhr geladen sind. Wenn die Rechtsanwälte nur da sind, dann wird gleich verhandelt. Ich sah neulich aber 2 Stunden ehe ich aufgerufen wurde, denn ich hatte keinen Rechtsanwalt und mein Prozeßgegner auch nicht, trotzdem wir auf der Warte als dritte um 9 Uhr eingetragen waren. Es gibt also vor dem Gesetz doch noch immer Staatsbürger 2. Klasse, nämlich solche, die sich keinen Rechtsanwalt leisten können.

Warum wird nicht nach dem Zettel in der angegebenen Reihenfolge verhandelt? Der Rechtsanwalt bekommt ja seine Zeit bezahlt, ein Privatmann hingegen kann unter Umständen durch das lange Warten schwer geschädigt werden. Es wird Zeit, daß dieser Uebelstand beseitigt wird.

Engagementsaustausche im Stadttheater. Die Operndirektion verpflichtete gestern nach erfolgreichem Probensingen Herrn Hans Gürlich vom Stadttheater in Berlin. Der Sänger, der Arlen von Wagner, Mozart und Galey bot, erwies sich als ein stimmlich glänzend fundierter Vertreter des Basses. Da Gürlich noch sehr jung ist — er steht erst im 24. Lebensjahre — darf man seiner weiteren Entwicklung hoffnungsvoll entgegensehen.

Unser Wochenend-Poem „Sommer-Abend“ hat bei dem katholischen Parteigänger zu starkem Anlaß gefunden, daß das sonst erschreckend humorlose Blatt dieses kleine Zeitgedicht in seinem vollen Wortlaut abdruckt, ohne allerdings vorher unsere Erlaubnis eingeholt zu haben. Wenn das Blatt im übrigen sich ausschließlich über das Gedicht entwirrt, so bleibt uns doch die Beugung, daß es dadurch eine kaum erwartete Weiterverbreitung gefunden hat. Zu Gegendiensten wird sich leider wohl keine Gelegenheit finden.

Beim Baden verunglückt. Der 17 Jahre alte Kaufmannssohn Horst Horn, wohnhaft Reitergasse, sprang am Montagmorgen in Bräun beim Baden ins Wasser und stieg dabei mit dem Kopf auf Grund. Er erlitt eine Gehirnerschütterung. Er befand sich in Begleitung von Verwandten, die für die Ueberführung ins Krankenhaus sorgten.

Autounfall bei Rahlbude. Montag mittig gegen 11 1/2 Uhr ereignete sich auf der Chaussee zwischen Prangenan und Rahlbude ein Autounfall, der leicht katastrophale Folgen hätte haben können. Ein Personkraftwagen stürzte die Böschung herab. In dem Auto befanden sich nur der Chauffeur und ein Fahrgast. Beide erlitten starke Verletzungen an Kopf und Beinen. Die Verletzten wurden von dem Arzt Dr. Semrau, Rahlbude, in einem Auto nach Hause geschafft. Wie verlautet, soll die schlechte Beschaffenheit der Chaussee das Unglück verschuldet haben. Bekanntlich ist hierüber schon wiederholt Klage geführt.

Wasserstandsnotizen vom 9. Juni 1926.

Strom-Weichsel	8,6	7,6	Brandenburg	+1,88	+1,92
Krakau	-0,71	-0,55	Kurzbrack	+2,22	+2,28
	8,6	7,6	Montaurspitz	+1,54	+1,60
Zawichost	+1,73	+1,51	Pieckel	+1,56	+1,66
	8,6	7,6	Dirschau	+1,46	+1,56
Warschau	+1,32	+1,33	Einlage	+2,18	+2,14
	8,6	8,6	Schlewenhorst	+2,40	+2,36
Plock	+1,32	+1,32	Wogau-Wasserf.		
	9,6	8,6	Schönan D. P.	+6,56	+6,58
Thorn	+1,56	+1,59	Galgenberg D. P.	+4,60	+4,60
Fordon	+1,64	+1,66	Neuhorsterbusch	+1,98	+2,02
Culm	+1,58	+1,62	Anwachs	+ .	+ .

Verantwortlich für Politik: Ernst Loops; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil: Friß Weber; für Inserate: Anton Finken; sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Kleine Nachrichten.

Eisenbahnunfall infolge Vorkriegsbruchs. Die bei dem Unwetter in Berlin und Umgebung am Montag niedergegangenen Regenmassen spülten auf die Gleise der Berlin-Weicener Bahn große Sandmassen. Die Maschine und der Packwagen eines Güterzuges, die in den Sand hineingefahren waren, stützten um. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden herausgeschleudert, der erstere erlitt schwere Verletzungen, während der letztere leicht verletzt wurde.

Die Untersuchung über die Moabiter Katastrophe eingeleitet. Nach Mitteilung einer Berliner Korrespondenz ist die Untersuchung über das schwere Explosionsunglück im Hause Rischstraße 9 in Moabit, bei dem 11 Personen getötet wurden, eingestellt worden, da die angeforderten Gutachten keine Klärung über die Ursache erbrachten. Das beschlagnahmte Untersuchungsmaterial wurde wieder freigegeben.

Verjammlungs-Anzeiger.

Arbeiter-Abstinenten Danzig. Versammlung am Mittwoch, den 9. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der Handels- und Gewerbeschule. Vortrag: „Stand des Gemeindefeststellungsrechts in Deutschland und Danzig.“ Referent: Ord. G. Leu.

Soz. Arbeiterjugendbund. Heute, Mittwoch, Bundesmitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Bericht vom „Internationalen Jugendtag und Jugendkongress“. Ref. Gen. Lechner. Es ist Pflicht sämtlicher Jugendgenossen, aus allen Ortsgruppen zu erscheinen. Auch Parteigenossen sind eingeladen.

Arbeiter-Samariterbund Danzig. Mittwoch, den 9. Juni, abends 7 Uhr, Vortrag des Gen. Dr. Eisen, und praktische Übungen. Donnerstag, den 10. Juni, 7 Uhr abends Mitgliederversammlung, Materialrevision und Dienstver-

teilung zur Kultur- und Sportwoche; beide Veranstaltungen finden in der Handels- und Gewerbeschule statt. — Bezirk Poppel. Am Donnerstag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, Hilfskulturschule Konradshammer: Praktische Verbandslübungen. — Programme zur Kultur- und Sportwoche sind beim Vorsitzenden zu haben. Abrechnung muß umgehend erfolgen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend Langfuhr. Mittwoch, den 9. Juni, abends 6 Uhr, an der Sporthalle Treffpunkt zur Teilnahme an der Bundesmitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.

Freie Turnerische Schilblik. Heute, Mittwoch, den 9. Juni, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung im „Friedrichshain“. In Anbetracht der Kulturwoche und Gründungsfeier vollständiges Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

CPD. Ortsverein Danzig-Stadt. Freitag, den 11. Juni, abends 6 Uhr, im Parteibüro: Wichtige Vorstandssitzung.

Stadttheater Danzig

Intendant: Rudolf Schaper
Heute, Mittwoch, 9. Juni, abends 7 1/2 Uhr:
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

Der Zigeunerbaron

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.
In Szene gesetzt von Erich Sterned.
Musikalische Leitung: Carl Bamberger.

Sandor Barinkay: Hans Horsten vom Theater des Westens in Berlin als Gast auf Engagement.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Donnerstag, 10. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Dauerkarten Serie III. „Othello“. Große Oper.

Freitag, 11. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Dauerkarten Serie IV. „Schwanenweiß“. Ein Märchenpiel.

Wilhelm-Theater

Nur noch heute Mittwoch und morgen Donnerstag
gastiert die fabelhafte Negerrevue
Chocolate Kiddies

im Wilhelm-Theater
Um allen Danzigern Gelegenheit zu geben, diese nie wiederkehrende größte amerikanische Sensation zu sehen, sind die Eintrittspreise für alle Plätze um 50 Proz. ermäßigt.
Preise 1-6 Gulden
Anfang 8 Uhr Abendkasse 6 1/2 Uhr
Vorverkauf: Fassbender, Langgasse 2

Frans Hals
Zigeunerin, gute Kopie, abzugeben. Ang. u. 6209 a. d. Exp. d. „Volkst.“

Mandoline
Fast neue, sehr gut kling. Mandoline, preiswert zu verkaufen. Ang. u. 6205 a. d. Exp.

Schlafzimmer, Schrank, Bett, K. Spieg., Bettgest., Matratz., zu verk.
Heilige-Geist-Gasse 92.

Oestr. Sübwein

Hochfein, 1/2 Fl. inkl. Steuer **1.50**
Kasino-Weinhandl., Melzerg. 7-8

Reines Flomen-schmalz . . . Pfd. 1.20
fl. Schweinef. . . 90 P
Rindertalg . . . 70 P
C. Werner vorm. Noege
Brodtankengasse 1 — Telefon 7740 25517

Gute Ostertoffeln
sof. lieferbar, 3tr. 2,50 G.
Korbgeschäst
Fischmarkt 7.

Spiegel
eig. geschliff., 103x82 cm
geg. groß. Lampenschirm
o. dergl. zu tausch gef.
Raffub. Markt 1b, 3, r.

Repositorium
für jede Branche pass.,
umständlicher günstig zu
verkaufen. Krause,
Baumgartische Gasse 49.

Strickerhanden
für Herren und Damen,
nur 1,50 G., bei
Hugo Bräde,
Altstadt. Graben 16.

Herrenkost,
grau, reine Wolle, zum
Kostüm od. Anz., billig zu
verkaufen. In erfragen
Elisabethkirchengasse 2,
Lebensmittelgeschäft.

Prima
1. Fleischwurst, Pfd. 0,90,
gute 2. Fleischwurst
Pfund 50 Pf.
Lambwurst 75 Pf.
Moede,
Goldschmiedegasse 26.

Butter
zu haben.
Rueding,
Gr. Delmühlengasse 26.

Herren-Jahrrad
u. Damenrad, auch repara-
taturbedürftig, zu kaufen
gesucht. Ang. u. 6206 a.
d. Exp. d. „Volkst.“

Für die neueingeführte
kleine Lebensversicherung m.
Monats-Sparprämien
suchen wir noch geeignete
Vertreter

in allen Berufsreisen.
Johs. Pawlowski,
Vorstadt. Graben 38b.
Frankfurter Allg. Ver-
A.-G. Zweign. Danz.

Geschäftstutcher
sucht Stellung auch als
Arbeiter. Ang. u. 6197
a. d. Exp. d. „Volkst.“

Junger Mann als
Melker-
lehrling

kann sich melden bei
Germwinz, Rentau,
bei Danzig-Schilblik.

Griffenje
gesucht.
u. Klinge,
Schmiedegasse 29.

Wachfrau
aus dem Hause (Weiche)
gesucht. Schüsselbamm 34
im Laden.

Junger Mädchen,
Mittelschulbildung., musikal.
16 J. alt, sucht für Nach-
mitt. sof. Beschäftigung.
Ang. u. 6207 a. d. Exp.

Junger Mann sucht
Beschäftigung
gleich wech. Art. Ang. u.
6203 a. d. Exp. d. „V.“

Ältere sanftere Frau
wünscht sich im
Gesundheit zu betätigen,
gegen kleine Vergütung.
Ang. u. 6208 a. d. Exp.

Lehrerlehre
für Plätterei gesucht. Nach
der Lehre Beschäftigung.
Paradiesgasse 27, part.

Laden, für jede Branche
pass., gr. Schaufenster,
Rebenräume, Kell., Miete
100 G., fortzugsfähig. zu
vert. Erf. ca. 3000 G.
Elisabethkirchengasse 2,
Lebensmittelgeschäft.

Zwangswirtschaftsfreie
2-Zimmer-Wohnung
zu vermieten. Heubude,
Dammstraße 35.

Zu kaufen Stube u. Küche
gegen 2-3 Zimmerwohn.
Petershagen 26a,
Heute.

Älter Mann sucht
leere Stube
ob. Kabinett. Ang. u. 6204

Klein., saub. möbl. Zimm.
zu vermieten. (25 514)
Baalgasse 10a, 2, 1A.

Möbl. Zimmer zu verm.
Kammern 24, 3, rechts.

3. Leute f. 16. Schlafstelle
Jungferngasse 15, pt.

Nähmaschinen
reparieren billigst
Bernstein & Co.
B. m. S. D., Langgasse 50.

Polstermöbel
neu, sowie sämtl. Repara-
turen verb. sachgemäß u.
s. solid. Preis, ausgeführt.
Plegengasse 3.

Wäsche
wird saub. u. bill. gewasch.
u. im Freien getrocknet.
Ang. u. 6198 a. d. Exp.

Damenkarderobe
wird eleg., billig in 2-3
Tagen angefertigt
Schüsselbamm 10, 2, r.

Sämtliche Näharbeiten
Umbänderungen werden
billig und sauber ausgef.
Fr. C. Kallier,
Röhlische Gasse 6, Hof.

Wäsche
wird sauber gewaschen u.
im Freien getrocknet.
Fr. Wuf, Petershagen,
Küstergasse 35, pt.

Damenkarderobe
sachgem. Beratung, Kleid-
sam, preiswert. Kleider
von 10 G. an. (25 496)
Robe-Atelier
Reiterbadergasse 15, 2.

Feilhüte, Cräpe-de-Chine-
Hüte, elegant, preiswert.
Anfertigung, Umarbeitung.
Breitagasse. Eing. Plegeng-
gasse 12. Neumann.

Wäsche
wird sauber u. billig ge-
waschen. Wabein,
Säckergasse 43, 2 Tr.

Am 4. Juni, auf d. Wege
Danzig — Neufahrwasser
schwarze Lederhandschuhe
m. Inn. verloren. Ehrh.
Kinder wird gebet., die-
selbe geg. Belohn. bei
Witwe M. Ringmann,
Laental, Eisenweg 8, ab-
zugeben, da Anbeterin ist.

Böden in Löpfe,
Wannen und Bat.-Etel
werden eingelebt (20 143a)
Kuschinsky,
Klappergasse 5, 1 Tr.

Klagen,
Reklamationen, Verträge,
Testamente, Berufungen,
Gesuche u. Schreiben aller
Art, sowie Schreibmach-
nenabschriften fertigt
sachgemäß
Rechtsbüro Boyer,
Schmiedegasse 16, 1.

Warne jeden
meiner Frau Charlotte
Neumann geb. Jahn auf
meinen Namen etwas zu
borgen, da ich für nichts
aufkomme.
Ernst Neumann,
Stiftswinkel 12b, 2 Tr.

Arbeiter-Kultur- und -Sportwoche

13. bis 20. Juni 1926 in Danzig

Beranstalter: Allgem. Gewerkschaftsbund, Allg. Kartell für Geistes- und Körperkultur, Zentral-Bildungsausschuss, Arbeiterjugend, Arbeiter-Sängerbund, Arbeiter-Abstinenten, Arbeiter-Turn- und -Sportverband, Arbeiter-Radsportler, Arbeiter-Athleten, Freizeiter, Naturfreunde, Arbeiter-Samariter-Bund

Festprogramm:

Sonntag, den 13. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr: Auf dem Langen Markt Eröffnungskonzert des Arbeiter-Sängerbundes der Freien Stadt Danzig. Nachmittags, 2 Uhr: Sammeln der Kinder auf dem Hansaplatz zum Umzug durch die Stadt nach dem Bischofsberg. Ab 8 Uhr nachmittags: Auf dem Platz großes Kinderfest; gleichzeitig Jugendwettkämpfe. Abends 8 Uhr: Im Werkhauseinhaus Veranstaltung der freigewählten Verbände, Landesverband Danzig: „Die Religion des Proletariats.“ Referent: Waldemar Dornhöfe. Gesang: Chorgemeinschaft Brenner. Leitung des Umzuges und des Kinderfestes: Naturfreunde; Leitung der Wettkämpfe: Arbeiter-Turn- und -Sportverband.

Montag, den 14. Juni, abends 8 Uhr: In der Aula der Petruschule, Hansaplatz, Feierstunde der Arbeiterjugend; Orgelspiel, Prolog, Ansprache, Rezitation, Sprechchor. Leitung: Arbeiterjugendbund.

Dienstag, den 15. Juni, abends 7 1/2 Uhr: Im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus Kulturabend der Arbeiter-Abstinenten. Gesang (Chorgemeinschaft Brenner). Vortrag des Geschäftsführers des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes Billy Hoyer. Berlin. Rezitationen, plastische Darstellungen. Leitung: Arbeiter-Abstinenten.

Mittwoch, den 16. Juni, abends 7 Uhr: Auf dem Dominikanerplatz sportliche Darbietungen: Sternlauf, Gesang, Ansprache, Reigen, Freiübungen. Radvollospiel. Mannschaftslauf unter Voranfuhr der Radfahrer nach dem Hansaplatz. Leitung: Arbeiter-Turn- und -Sportverband.

Donnerstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr: Im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus öffentliche kulturelle Kundgebung. Vorträge über die Kulturmission der modernen Arbeiterbewegung. Gesang: Chorgemeinschaft Gewert. Leitung: Bildungsausschuss.

Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr: In der Sporthalle, Große Allee, Gedenkfeier. Schauprogramm: Konzert, Ansprache, Darbietungen der Bezirkschule, Turnen der Mufferriege, Kabreigen der Arbeiter-Radsportler, Vorführung der Arbeiterathleten. Leitung: Bezirkschule des Arbeiter-Turn- und -Sportverbandes.

Sonabend, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Vom Hansaplatz Abmarsch des Fackelzuges zur Sonnenwendfeier auf dem Bischofsberg. Gesang, Feuerrede, Sprechchor, Fackelschwinger. Leitung: Naturfreunde.

Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 1 1/2 Uhr: Auf dem Hansaplatz Auftreten sämtlicher Organisationen zum Umzug mit Musik und Festwagen durch die Stadt nach der Kampbahn Werder zum Gewerkschafts- und Sportfest. Massenchor, Ansprachen, Freiübungen, Massenradreigen, Jugendkassellen, Riesenpyramiden, Radspiele, Tanzschießen der Athleten, Handballspiele, Stafetten der Sportlerinnen u. a. Leitung des Umzuges: Allg. Gewerkschaftsbund. Plableitung: Arbeiter-Turn- und -Sportverband.

Der Gesundheitsdienst verleiht bei allen Veranstaltungen die Arbeiter-Samariter.

Eintrittskarten für alle Veranstaltungen gültig 1.- Gulden

Einzelkarten sind erhältlich bei sämtlichen Vertrauensleuten obiger Organisationen, in den Gewerkschaftsbüros, Kampfspreigen, in der Volkstimme, Spandhaus 6, und Fahrradhandlung Prillwitz, Paradiesgasse

Organisationsleitungen erhalten die Karten im Büro des Zentralverbandes des Angestellten, Kampfspreigen 26

Augengläser

in Präzisionsausführung, mäßige Preise!
Optische Werkstatt Schilling & Co., G. m. b. H.,
Langgasse 47 Fernsprecher 187

Zahn-Ersatz
bei billigster Preisberechnung
Zähne von 1.- 6 an, Umarbeitungen
von 10.- 6 an, Reparaturen 2.50 G
Paradiesgasse Nr. 6-7

Müllkästen
bestens u. modern, in
allen Größen zu verkaufen.
Langgasse 68,
Tel. 5157.

Möbel
jetzt erheblich billiger
als früher
Max Müller
Alte Graben 35

Piano
billig zu verkaufen.
H. Böhler,
Langgasse 78, Tel. 5798.

Max Müller
Klavier u. Möbel
zu verkaufen (25 235)
Langgasse 41, 1 Tr. 118.
Tel. 2957



Nähmaschinen
Fahrräder
nur erstklassige Marken
in riesiger Auswahl
stausend billig
Tezahlung gestattet.
Mantel, Schlüchse
sämtl. Zubehör Ersatzteil
Reparaturen schnell u. billig
Alleiniger Inhaber
Max Müller
1. Damm 14
Tel. 2957

Pechfackeln
empfehlenswerter
verkauf billigst
Bruno Fasel,
Proprietär an Danziger
Junkerstraße 1 u. 2
gegenüber der Markthalle

Gute Schlafzimm.
mit ein. Bettzimmer
billig zu verkaufen.
Zellg.
Schlüsselg. 3, 1.
Eing. Alt-Danzig, Spei-
Schlag- u. Herrmannstr.
2. Stockwerk, neben
Lampenschirmen verkehrsg.
Schlüsselg. 15, 1, 18.

Der Kampf
Die Welle
Das Meer
Neidhardt's
Damenputz
Japan-gasse 21

Stempel-Schneider
Hering
Kalkbrennerei
Kinderwagen
(Stromlos) gut erhalten,
mit 45 G. zu verkaufen.
Kriegs- u. Marinegasse 11

Stiefel, Schuhe, Leder-
schl., Bettlitz, Sofa, Chai-
leug., Räder, Bettgest.,
saub. Anzeigefähige verk.
Döhngasse 3. Teilg. gef.
Anzeigengest. mit Decke,
2 Seffel verkauft
Kohn, Herberweg 10.

3 fast neue (25 503)
Kopfputz
und **Spiegel**
billig zu verkaufen. Lfg.
Lobesweg 25, 1. links.
Zuf. neuer, gut erhalten.
Rohrwerkzeug
(30 Jtr. Tragf.) und
Feststühle
bl. Auf. Jopengasse 23.

Nähmaschine
preiswert zu verkaufen
Schmiedegasse 27, 3.